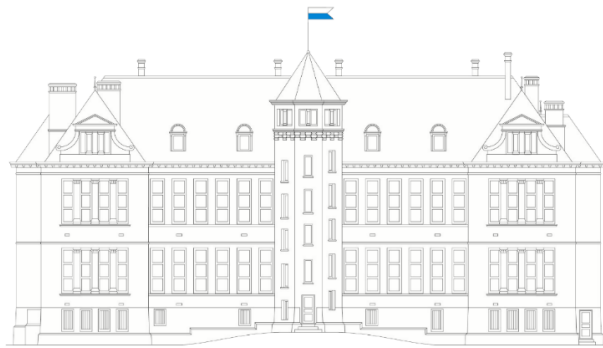


EUROPABERICHT



**Vertretung des Freistaates Bayern
bei der Europäischen Union
in Brüssel**



EDITORIAL

Liebe europapolitisch Interessierte!

Montag, der 22. März 2021 war für mich ein besonderer Tag. Denn im Rahmen der Online-Veranstaltung „Brüsseler Dialog“ stellte ich mich als neue Bayerische Europaministerin im Dialog mit *Eva Grünbauer*, Sat 1. Bayern zum ersten Mal den Fragen europäischer Entscheidungsträger sowie der Landräte, Bürgermeister und Bürger im Freistaat zu aktuellen europapolitischen Themen. Sehr gerne hätte ich den Austausch persönlich gesucht, aber aufgrund der Pandemie ist ein persönlicher



Kontakt nach wie vor schwierig. Umso schöner, dass mein Online-Angebot auf so große Resonanz stieß und ich mich einem breiten Themenspektrum gegenüber sah – von Fragen zum Grenzschutz bei COVID-19 über die Herausforderungen des Europäischen Green Deal für die bayerische Automobilindustrie, den Umsetzungsstand der EU-KMU-Strategie, den Knackpunkten zur Überarbeitung der Tiertransport-Verordnung bis hin zur Bedeutung der Medienfreiheit in Europa und den Perspektiven durch den Wechsel im US-Präsidentenamt für die transatlantischen Beziehungen. Mein persönliches Fazit: Dies war ein gelungener Auftakt für einen breit angelegten Dialogprozess, den ich in meiner Funktion als Bayerische Europaministerin „mit Europäern über Europa“ führen möchte.

Auf dem europapolitischen Parkett stand zu Beginn der vergangenen Woche vor allem ein Ereignis im Blickpunkt der Öffentlichkeit: Erstmals seit mehr als drei Jahrzehnten hat die Europäische Union Sanktionen gegen China wegen Menschenrechtsverstößen verhängt. Die EU-Außenminister beschlossen die Strafmaßnahmen wegen des Vorgehens der chinesischen Zentralregierung gegen die muslimische Minderheit der Uiguren. Es sind die ersten Sanktionen gegen China wegen Menschenrechtsverstößen seit der Niederschlagung der Proteste auf dem Pekinger Tiananmen-Platz im Jahr 1989. Seit damals gilt ein Waffenembargo. Im Juli vergangenen Jahres hatte die EU dann Sanktionen wegen Cyberangriffen verhängt. China hat als unmittelbare Reaktion auf die EU-Sanktionen Strafmaßnahmen gegen zehn Europäer und vier Einrichtungen in der EU verhängt. In Deutschland sind neben dem Mercator-Institut für China-Studien in Berlin auch zwei Europaabgeordnete betroffen. Ich bedauere diese Gegenmaßnahmen der chinesischen Zentralregierung, denn die Wahrung der Menschenrechte und das aktive Eintreten hierfür ist eine der grundlegenden Verpflichtungen der EU – nicht nur in Bezug auf die 27 Mitgliedstaaten, sondern auch im internationalen Kontext.

Zum Ende der vergangenen Woche hin stand der „Frühjahrgipfel“ der EU-Staats- und Regierungschefs im Fokus des medialen Interesses. Ich begrüße dabei vor allem, dass sich die Führungsspitzen der Europäischen Union angesichts der anhaltenden Lieferprobleme bei Corona-Impfstoffen für schärfere Kontrollen von Ausfuhren in Drittstaaten ausgesprochen haben. Keine Lösung fanden die Staats- und Regierungschefs



hingegen im Streit um die interne Verteilung von Impfstoff. Österreich, Tschechien, Slowenien, Bulgarien, Kroatien und Lettland hatten sich beschwert, weniger Dosen erhalten zu haben, als ihnen gemäß ihrer Bevölkerungsgröße zustehe. Die Unterschiede sind vor allem darauf zurückzuführen, dass diese Länder deutlich mehr Impfstoff bei AstraZeneca bestellt hatten. Eine auf das zweite Quartal vorgezogene Lieferung von BioNTech/Pfizer von zehn Millionen Dosen soll nun als Ausgleich genutzt werden. Die Mitgliedstaaten konnten sich aber nicht einigen, wie genau dies geschehen soll. Nun sollen sich die EU-Botschafter in Brüssel mit der Frage befassen. Neben der gemeinsamen Bekämpfung der Corona-Pandemie standen beim EU-Gipfel vor allem die Beziehungen der Europäischen Union zur Türkei im Mittelpunkt. Angesichts der Entspannung im Gas-Streit mit den EU-Mitgliedern Griechenland und Zypern bot die EU nun eine Ausweitung der Zollunion, Gespräche auf hochrangiger Ebene und zu Reiseerleichterungen für türkische Bürger an. Gleichwohl darf in diesem Zusammenhang nicht vergessen werden, dass die innenpolitische Entwicklung in der Türkei mit dem Verbotsantrag gegen die pro-kurdische Partei HDP sowie dem Austritt aus der Istanbul-Konvention zum Schutz von Frauen vor Gewalt sehr große Bedenken verursacht. Die Türkei verlässt damit zunehmend den europäischen Pfad.

Im Hinblick auf die künftige Ausgestaltung der transatlantischen Beziehungen war für mich ermutigend, dass mit US-Präsident *Joe Biden* erstmals seit 2009 – damals war es *Barack Obama* – wieder ein US-Präsident bei einem EU-Gipfel zugeschaltet war. Das war nicht nur eine wichtige Geste, sondern ein bedeutender Schritt hin zur Normalisierung des Verhältnisses zwischen Europa und den USA.

Doch genug der Vorrede: Ich wünsche Ihnen nun eine spannende Lektüre unserer vorgezogenen „Osterausgabe“ des Europaberichts.

Ihre Melanie Huml



Editorial	2
<i>POLITISCHE SCHWERPUNKTE, INSTITUTIONELLES UND MEDIEN</i>	9
Portugiesische Ratspräsidentschaft	9
Europäischer Rat nimmt neben COVID-19 auch die transatlantischen Beziehungen in den Blick	9
Europaminister diskutieren über den aktualisierten Fahrplan für das Europäische Semester 2021	10
Außenminister verhängen EU-Sanktionen gegen sechs Staaten wegen Menschenrechtsverletzungen	11
Europäisches Parlament.....	12
Mini-Plenum vom 24./25.03.2021: Impfen, Wiederaufbau, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte	12
Ausschuss der Regionen.....	13
Plenarversammlung vom 17.03.2021 - 19.03.2021: Einbindung der Regionen in Wiederaufbauplan-Erstellung	13
Institutionelles	13
Konferenz über die Zukunft Europas: Online-Plattform startet am 19.04.2021	13
EU-Gesetzgeber beschließen Instrument für auswärtiges Handeln der EU	14
Internationale Beziehungen	15
Verstoß gegen Austrittsabkommen und Nordirland-Protokoll: Kommission leitet rechtliche Schritte gegen das Vereinigte Königreich ein	15
EU-Georgien Assoziationsrat bekräftigt die Bedeutung einer vertieften Zusammenarbeit	15
<i>STAATSMINISTERIUM DES INNERN, FÜR SPORT UND INTEGRATION.....</i>	16
Informelle Videokonferenz der EU-Innenminister am 12.03.2021.....	16
Covid-19.....	16
Kommission schlägt digitalen grünen Pass zur Erleichterung der Personenfreizügigkeit vor	16
Migration und Asyl	17
„Jumbo-Rat“ der EU-Innen- und Außenminister berät externe Dimension der Migrationspolitik	17
Kontaktgruppe zur Koordinierung von Seenotrettungen auf EU-Ebene tagt erstmals	17
Organisiertes Verbrechen	17
Kommission startet öffentliche Konsultation zur Bekämpfung der Schleuserkriminalität	17
Polizeilicher Datenaustausch.....	18
Irland tritt dem Schengener Informationssystem bei.....	18
Politische Einigung zur Interoperabilität von ETIAS mit anderen EU-Informationssystemen	18



Polizeiliche Ausbildung	19
EU-Konsultation zur Evaluierung von CEPOL gestartet.....	19
Terrorismus	19
Terroristische Online-Inhalte: Rat bestätigt politische Einigung	19
Kommission startet öffentliche Konsultation zur Evaluierung der EU-Vorschriften zur Terrorismusbekämpfung	19
Frontex	20
Europäisches Parlament erteilt Frontex derzeit keine Entlastung für den Haushalt 2019	20
Drogen	20
Kommission initiiert Verbot von zwei neuen psychoaktiven Substanzen	20
Cybersicherheit	20
Rat verabschiedet Schlussfolgerungen zur Cybersicherheitsstrategie	20
Datenschutz	21
Europäisches Parlament fordert weitere Verbesserungen bei der Umsetzung der DSGVO	21
Parteien und Stiftungen	21
Kommission überprüft Vorschriften zu europäischen politischen Parteien und Stiftungen	21
STAATSMINISTERIUM FÜR WOHNEN, BAU UND VERKEHR	22
Verkehrsinfrastruktur	22
Europäisches Parlament und Rat einigen sich zur Fazilität „Europa verbinden“ (CEF 2.0).....	22
Verkehrspolitik	22
Kommission gibt Finalisten für die Preise für nachhaltige Mobilität bekannt.....	22
Schienerverkehr	23
Rat beauftragt Kommission zur Unterzeichnung der Erklärung von Locarno über die Entwicklung des Eisenbahnsystems.....	23
Straßenverkehr	23
EuGH urteilt zu Sanktionen bei lückenhafter Fahrtenschreiberdokumentation	23
Kommission führt Befragung zu Normen für Ladestellen für Elektrobusse durch	24
Luftverkehr	24
Kommission veröffentlicht Studie zur nachhaltigen Finanzierung im Luftverkehr	24
Bauen und Wohnen	24
Europäisches Parlament fasst Entschließung zur Bauproduktenverordnung.....	24



Eurostat veröffentlicht Zahlen zur Produktion im Baugewerbe für Januar 2021 in der EU	25
STAATSMINISTERIUM DER JUSTIZ.....	26
Kommission startet öffentliche Konsultation zur Evaluierung der EU-Vorschriften zur Terrorismusbekämpfung	26
Kommission überprüft Vorschriften zu europäischen politischen Parteien und Stiftungen	26
Eurojust veröffentlichten Jahresbericht 2020	26
Kampf gegen Kriminalität im Bereich des geistigen Eigentums: EUIPO und Eurojust verstärken Zusammenarbeit.....	27
EuGH: Pilotenstreik kein „außergewöhnlicher Umstand“ für Airlines.....	27
STAATSMINISTERIUM FÜR WISSENSCHAFT UND KUNST.....	29
Erstes Jahresarbeitsprogramm für Erasmus+ 2021 - 2027 angenommen	29
Strategischer Plan 2021 - 2024 für Horizont Europa angenommen	29
Europäischer Innovationsrat gestartet	30
Veröffentlichungsplattform „Open Research Europe“ gestartet	30
STAATSMINISTERIUM DER FINANZEN UND FÜR HEIMAT	32
Informelle Videokonferenz der Wirtschafts- und Finanzministerinnen und -minister.....	32
Steuer	32
EuGH: Polnische Einzelhandelssteuer und ungarische Werbesteuer verstoßen nicht gegen EU-Beihilferecht	32
Wirtschafts- und Währungsunion.....	33
Videokonferenz der Euro-Gruppe.....	33
STAATSMINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFT, LANDESENTWICKLUNG UND ENERGIE	34
Wirtschaft mit Binnenmarkt und Industrie	34
Europäische Investitionsbank vergibt 50 Mio. € Risikofinanzierung an den Wachstumsfonds Bayern 2	34
Terroristische Online-Inhalte: Rat bestätigt Politische Einigung	34
InvestEU: Rat nimmt Verordnung an	34
Rat nimmt Schlussfolgerungen zur Strategie für den Massenzahlungsverkehr an	35
Europäische Batterieallianz: Fünftes Ministertreffen	35
Strategischer Plan 2021-2024 für Horizont Europa angenommen	36
Europäischer Innovationsrat gestartet	36
Neuer Dienst zur Bewertung von geistigem Eigentum für KMU	36
Wettbewerbsrecht: Multilaterale Arbeitsgruppe zur Prüfung von Zusammenschlüssen im Pharmabereich gegründet	37
EuGH: Zurückweisung von Rechtsmitteln von Arzneimittelherstellern wegen Beteiligung an einem Kartell	37



Fusionskontrolle: Kommission genehmigt Übernahme von KiK durch Tengermann	37
Fusionskontrolle: Kommission genehmigt Erwerb der gemeinsamen Kontrolle über neues Gemeinschafts- unternehmen durch Linde und Sipchem	38
Konsultation zur Funktionsweise der Europäischen Finanzaufsichtsbehörden	38
Kommission startet Konsultation zur Finanzierung sauberer Technologien im Rahmen des Innovationsfonds.....	38
Außenwirtschaft.....	39
EU-China Investitionsabkommen: Kommission veröffentlicht Liste der Verpflichtungen Chinas und der EU	39
Zollunion: Erste Phase des neuen Einfuhrkontrollsystems - ICS2	39
Konsultation zu Mechanismus gegen Zwangsmaßnahmen durch Nicht-EU-Länder	40
Konsultation zur Einfuhr von Kulturgütern	40
Energie.....	40
EuGH: Generalanwalt für Zurückweisung deutscher Revision gegen Änderung der Zugangsbedingungen zur OPAL-Gasfernleitung.....	40
STAATSMINISTERIUM FÜR UMWELT UND VERBRAUCHERSCHUTZ	41
Umwelt	41
Kommission startet Konsultation zur Finanzierung sauberer Technologien im Rahmen des Innovationsfonds.....	41
Kommission legt Empfehlung für gemeinsames Konzept zur Abwasserüberwachung vor	41
EuGH-Urteil zur Zulässigkeit der Leimrutenjagd auf Vögel in Südfrankreich	41
Rat nimmt Schlussfolgerungen zur EU-Chemikalienstrategie an.....	42
Europäisches Parlament nimmt EntschlieÙung zur Aufhebung der Zulassung von neun giftigen Wirkstoffen an.....	42
Verbraucherschutz.....	43
Kommission stellt Aktionsplan Ökolandbau vor	43
Rat nimmt Schlussfolgerungen zur Strategie für den Massenzahlungsverkehr an	43
Kommission startet Konsultation zur Benennung amtlicher Laboratorien zur Kontrolle von Tieren, Pflanzen, Lebens- und Futtermitteln	44
Kommission startet Konsultation zu Kontrollen im Weinsektor.....	44
Kommission startet Konsultation zu Vorschriften über Risikobewertung im Bereich der Lebensmittelkette	44
Kommission startet Konsultation zur Verfütterung tierischer Nebenprodukte	45
EuGH-Urteil zu Ausgleichszahlungen für Flugannullierungen aufgrund rechtmäßigen Streiks.....	45
Kommission startet öffentliche Konsultation zur Initiative für nachhaltige Produkte	46
STAATSMINISTERIUM FÜR ERNÄHRUNG, LANDWIRTSCHAFT UND FORSTEN	47
Tagung Agrarrat	47
Kommission stellt Aktionsplan Ökolandbau vor	48



Kommission stellt Ergebnisse der Konsultation zur langfristigen Vision für ländliche Gebiete vor	49
Kommission startet „Pollinator Park“ - ein virtueller Blick in eine Welt ohne Bienen	49
Kommission startet Konsultation zur Verfütterung tierischer Nebenprodukte	50
Kommission veröffentlicht Entwurf zur EU-Datenbank für chemische Analysen zum Schutz von Wein	50
Kommission stellt Leitlinien zur Verhütung von Waldbränden vor	51
STAATSMINISTERIUM FÜR FAMILIE, ARBEIT UND SOZIALES	52
Kommission veröffentlicht Vorschlag für eine Europäische Kindergarantie	52
Kommission präsentiert EU-Kinderrechtsstrategie	52
Schlussfolgerungen des Rates zur durchgängigen Berücksichtigung des Alterns in der öffentlichen Politik	53
Informeller Austausch der EU-Minister für Beschäftigung und Soziales am 15.03.2021	53
Europäische Plattform zur Bekämpfung von Obdachlosigkeit	53
Dreigliedriger Sozialgipfel zu den Pandemiefolgen und der Erholung nach der Krise am 24.03.2021	54
STAATSMINISTERIUM FÜR GESUNDHEIT UND PFLEGE.....	55
Europäischer Rat nimmt neben COVID-19 auch die transatlantischen Beziehungen in den Blick	55
Coronavirus: Fortschritte beim EU-weiten Austausch von Daten aus Passenger Locator Forms.....	55
Europäischer Gerichtshof urteilt über Absprache zur Verzögerung des Markteintritts eines Generikums	56
Rat beschließt Trilog-Mandat zur Verordnung über die gemeinsame Bewertung von Gesundheitstechnologien	56
Coronavirus: Kommission verschärft Genehmigungsmechanismus für Impfstoffexporte	57
Coronavirus: Kommission schlägt beschleunigtes Zulassungsverfahren für Impfstoffe gegen Virus-varianten vor	57
Coronavirus: Europäische Arzneimittel-Agentur schließt Überprüfung des Impfstoffs von AstraZeneca ab.....	58
Coronavirus: Kommission schlägt digitalen grünen Pass zur Erleichterung der Personenfreizügigkeit vor	58
Coronavirus: Kommission schlägt gemeinsamen Ansatz für die schrittweise Aufhebung von Beschränkungen vor	59
Gesundheitsminister der Mitgliedstaaten beraten über COVID-19 und Krebsbekämpfung	59
STAATSMINISTERIUM FÜR DIGITALES.....	60
Digitaler Tag 2021: Erklärungen zu Konnektivität, Startups und nachhaltiger Digitalisierung	60
Rat verabschiedet Schlussfolgerungen zur Cybersicherheitsstrategie	60
Rat verabschiedet Förderprogramm „Digitales Europa“	61



POLITISCHE SCHWERPUNKTE, INSTITUTIONELLES UND MEDIEN

PORTUGIESISCHE RATSPRÄSIDENTSCHAFT

Europäischer Rat nimmt neben COVID-19 auch die transatlantischen Beziehungen in den Blick

Die 27 Staats- und Regierungschefs der EU haben am 25.03.2021 per Video-Gipfel ihre turnusmäßige Frühjahrstagung abgehalten.

Im Fokus des Gipfels stand einmal mehr der gemeinsame Kampf gegen COVID-19. Dabei hat sich der Europäische Rat hinter die von der Kommission am 24.03.2021 eingeführte verschärfte Ausfuhrkontrolle für Corona-Impfstoffe gestellt. Kommissionspräsidentin *Ursula von der Leyen* kündigte an, der Hersteller AstraZeneca müsse nun zunächst seine Lieferverzögerungen gegenüber der EU aufholen, bevor er exportieren könne. Des Weiteren rechnet die Kommission im 2. Quartal 2021 mit deutlich mehr Impfstoff. So sollen in der EU dreimal mehr Impfstoffe zur Verfügung stehen als seit Jahresbeginn. Produktion, Lieferung und Abgabe sollen zügig hochgefahren werden. Keine Lösung fanden die Staats- und Regierungschefs im Streit um die interne Verteilung von Impfstoff. Österreichs Bundeskanzler *Sebastian Kurz* beklagte eine ungleiche Verteilung des Corona-Impfstoffs und forderte zusätzliche Impfstoffdosen für benachteiligte Staaten. Gemeinsam mit Tschechien, Slowenien, Bulgarien, Kroatien und Lettland hatte sich Österreich bereits Mitte März über eine Benachteiligung bei der Belieferung mit Corona-Impfstoff beschwert und einen Ausgleich gefordert. Diese Darstellung wurde jedoch von vielen Staats- und Regierungschefs – u. a. auch von Bundeskanzlerin *Merkel* – bei den Gipfel-Beratungen entschieden zurückgewiesen. Am Ende einigten sich die EU-Staatschefs darauf, den Botschaftern den Auftrag für eine Lösungsfindung über die Aufteilung der 10 Mio. Impfdosen von BioNTech/Pfizer zu übertragen, die nun vorgezogen im 2. Quartal geliefert werden.

Beim Themenbereich „Binnenmarkt, Industriepolitik, Digitales und Wirtschaft“ betonten die 27 Staats- und Regierungschefs in ihrer Gipfelerklärung die Notwendigkeit, die Wettbewerbsfähigkeit und die Widerstandsfähigkeit der Industrie der EU einschließlich kleine und mittlere Unternehmen zu stärken, den grünen und den digitalen Wandel u. a. mit Hilfe geeigneter Instrumente zur Unterstützung von Mehrländerprojekten zu beschleunigen und strategische Abhängigkeiten anzugehen. Darüber hinaus sollten bei der Aktualisierung der Industriestrategie für Europa die bisher aus der COVID-19-Krise gezogenen Lehren berücksichtigt und die Aufbauanstrengungen unterstützt werden. Die Gipfelteilnehmer bekräftigten zudem ihre eindeutige Präferenz für eine globale Lösung bezüglich der internationalen Besteuerung der digitalen Wirtschaft und wollen sich dafür einsetzen, dass bis Mitte 2021 eine einvernehmliche Lösung im Rahmen der OECD erzielt wird. Sie bestätigten, dass die EU bereit sein wird, weiter voranzugehen, falls keine Aussicht auf eine globale Lösung besteht. Die Kommission wird im ersten Halbjahr 2021 einen Vorschlag zu einer Digitalabgabe als Basis für eine zusätzliche Eigenmittelquelle vorlegen, damit diese bis spätestens 01.01.2023 eingeführt werden kann. Der EU-Gipfel billigte auch die politischen Prioritäten der Jährlichen Strategie für nachhaltiges Wachstum (Europäisches Semester 2021) und ersucht die Mitgliedstaaten, diese in ihren nationalen Aufbau- und Resilienzplänen zu berücksichtigen.



Bei den außenpolitischen Themen standen die Beziehungen der EU zur Türkei im Mittelpunkt der Beratungen. Der Türkei wollen die EU-Mitglieder trotz klarer Kritik an den jüngsten innenpolitischen Entwicklungen (Einleitung eines Verbotsverfahren gegen die prokurdische Oppositionspartei HDP und Austritt der Türkei aus der Istanbul-Konvention zum Schutz von Frauen vor Gewalt) bei der Ausweitung der Zollunion entgegenkommen. Die Staats- und Regierungschefs forderten in der Gipfelerklärung den Ministerrat auf, mit der Arbeit an einem Verhandlungsmandat für die Kommission zu beginnen. Sie könnte dann Gespräche mit der Regierung in Ankara aufnehmen. Mit dem Beschluss soll der Türkei ein starker Anreiz gegeben werden, konstruktiv nach einer Lösung von Konflikten mit Griechenland und Zypern zu suchen. Die Kommission wurde zudem beauftragt, einen Vorschlag für die weitere Finanzhilfe für die Versorgung der 3,7 Mio. Syrien-Geflüchteten in der Türkei auszuarbeiten. Im Flüchtlingsabkommen vom Jahr 2016 hatte die EU der Türkei bereits 6 Mrd. € zugesagt, die inzwischen weitgehend ausgegeben oder fest verplant sind. In dem neuen Finanzpaket sollen auch Nachbarländer wie Jordanien und Libanon berücksichtigt werden.

Mit US-Präsident *Joe Biden* war erstmals seit 2009 (damals: *Barack Obama*) wieder ein US-Präsident beim EU-Gipfel zugeschaltet. *Biden* hielt eine kurze Ansprache zum Neustart der transatlantischen Beziehungen. Erklärtes Ziel des US-Präsidenten ist es, im Kampf gegen die Corona-Pandemie und gegen die Erderwärmung mit Europa zu kooperieren und die gemeinsamen Handelsbeziehungen zu stärken. Bundeskanzlerin *Merkel* wertete die Teilnahme *Bidens* im Nachgang des EU-Gipfels als wichtigen Schritt zur Normalisierung des Verhältnisses zwischen Europa und den USA. Auf die Frage, ob durch ein hartes gemeinsames Vorgehen mit den USA gegen China deutsche Wirtschaftsinteressen beeinträchtigt werden könnten, sagte *Merkel*: "Es geht nicht nur um Wirtschaftsinteressen, sondern auch darum, dass europäische Souveränität gelebt wird." Es gebe mit den USA ein gemeinsames Wertefundament und zugleich jeweils eigene Interessen.

Die Aussprache der 27 EU-Staats- und Regierungschefs über das Verhältnis der EU zu Russland hatte diesmal lediglich den Charakter eines "Informationspunktes" – mit Verweis auf eine strategische Debatte bei einer künftigen Tagung des Europäischen Rates.

Abschließend einigten sich die EU-Führungsspitzen auf eine Erklärung, in der sie zum Ausdruck brachten, dass sie die Stärkung der Stellung des Euro auf der Weltbühne unterstützen, um die strategische Autonomie der EU zu erhöhen und zugleich eine offene Wirtschaft zu bewahren, zur Stabilität des globalen Finanzsystems beizutragen und europäische Unternehmen und Haushalte zu unterstützen.

[Erklärung der Mitglieder des EU-Gipfels vom 25.03.2021](#)

[Erklärung der Mitglieder des Euro-Gipfels vom 25.03.2021](#) (Treffen im inklusiven Format)

Europaminister diskutieren über den aktualisierten Fahrplan für das Europäische Semester 2021

Am 23.03.2021 fand die Tagung der EU-27 Minister für Europäische Angelegenheiten in der Ratsformation „Allgemeine Angelegenheiten“ als informelle Videokonferenz statt. Die Europaminister prüften eine Erklärung für den EU-Gipfel am 25.03.2021 zum Thema Reaktion auf die COVID-19-Pandemie, zum Themenbereich Binnenmarkt, Industriepolitik, digitaler Wandel und Wirtschaft sowie zur Lage im östlichen Mittelmeerraum mit



Blick auf den Türkei-Zypern-Konflikt (für die EU-Gipfelergebnisse siehe eigenen Beitrag in dieser Rubrik in diesem EB).

Der Rat kam ferner überein, dem Europäischen Rat den Entwurf einer Empfehlung zur Wirtschaftspolitik des Euro-Währungsgebiets vorzulegen. Der Vorsitz legte zudem einen aktualisierten Fahrplan für das Europäische Semester 2021 vor. Bei der Erarbeitung dieses Fahrplans wurde dem besonderen Kontext Rechnung getragen, der sich aus der COVID-19-Pandemie sowie aus dem Umstand ergibt, dass es zur Verknüpfung der Aufbau- und Resilienzfähigkeit mit dem Europäischen Semester einer kontinuierlichen Anpassung bedarf.

Thema der Ratstagung war daneben der aktuelle Stand der Konferenz über die Zukunft Europas, die darauf abzielt, die Bürger in eine umfassende Debatte über die Zukunft Europas einzubeziehen. Der Vorsitz informierte, dass die konstituierende Sitzung des Exekutivausschusses der Konferenz am 24.03.2021 stattfinden wird (siehe hierzu eigenen Beitrag in dieser Rubrik in diesem EB). Der gemeinsame Vorsitz der Konferenz wird die Konferenz ersuchen, bis zum Frühjahr 2022 Schlussfolgerungen vorzulegen.

[Tagungsseite des Allgemeinen Rates](#)

Außenminister verhängen EU-Sanktionen gegen sechs Staaten wegen Menschenrechtsverletzungen

Am 22.03.2021 fand in Brüssel das Treffen der EU-27 Außenminister statt. Zwei Wochen nach der Annahme von EU-Sanktionen im Zusammenhang mit dem Fall *Nawalny* hat der Rat beschlossen, restriktive Maßnahmen gegen elf Personen und vier Organisationen zu verhängen, die für schwere Menschenrechtsverletzungen und -verstöße in China, Nordkorea, Libyen, Südsudan, Eritrea und Russland verantwortlich sind. China hat als unmittelbare Reaktion auf die ersten EU-Sanktionen wegen Menschenrechtsverstößen seit mehr als drei Jahrzehnten Strafmaßnahmen gegen zehn Europäer und vier Einrichtungen in der EU verhängt.

Der Rat bewertete darüber hinaus den Türkei-Bericht des Hohen Vertreters *Josep Borrell* sowie der Kommission dahingehend, dass einzelne Signale in die richtige Richtung erfolgt seien und man eine Deeskalation im östlichen Mittelmeer feststellen könne. Dennoch sei die Lage in der Türkei selbst angesichts des eingeleiteten Verbotsverfahrens gegen die prokurdische Oppositionspartei HDP und dem Austritt der Türkei aus der Istanbul-Konvention (Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt) sehr bedenklich. Die Türkei verlasse damit zunehmend „den europäischen Pfad“.

Die Außenminister debattierten auch über Russland, das sich – so der Rat – immer weiter von der EU entferne.

Die EU-Beziehungen zur Türkei waren auch Gegenstand des EU-Gipfeltreffens am 25.03.2021 (siehe hierzu eigenen Beitrag in dieser Rubrik in diesem EB).

[Tagungsseite des Auswärtigen Rates](#)



EUROPÄISCHES PARLAMENT

Mini-Plenum vom 24./25.03.2021: Impfen, Wiederaufbau, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte

Die in Brüssel abgehaltene „Mini“-Plenarversammlung vom 24./25.03.2021 stand – neben dem Impfen und dem Wiederaufbau – im Zeichen des Rechtsstaats und der Menschenrechte.

- In seiner Eröffnungsrede bezeichnete Parlamentspräsident *Sassoli* die Vergeltungsmaßnahmen Chinas gegen fünf Abgeordnete (darunter MdEP *Bütikofer*, Grüne) und den Unterausschuss für Menschenrechte – nach den Sanktionen der EU gegen China wegen Menschenrechtsverletzungen (siehe hierzu eigenen Beitrag in dieser Rubrik in diesem EB) – als „inakzeptabel“. Dann wurde in einer Schweigeminute der am 25.03.1949 massenhaft von der Sowjetunion nach Sibirien deportierten Esten, Letten und Litauer gedacht.
- In einer mit großer Mehrheit angenommenen Entschließung kündigen die Abgeordneten an, die Kommission vor dem EuGH zu verklagen, wenn sie den seit 01.01.2021 geltenden Rechtsstaatsmechanismus nicht durchsetze. Die Erklärung des Europäischen Rates vom 11.12.2020, in der die Kommission ausführt, sie werde keine Maßnahmen vor der Erstellung entsprechender Leitlinien ergreifen, die sie wiederum erst nach dem Urteil des EuGH auf die Klage Polens und Ungarns gegen den Mechanismus hin finalisieren werde, habe keine rechtliche Wirkung.
- In der Debatte zur Vorbereitung des Europäischen Rates am 25.03.2021 (siehe hierzu eigenen Beitrag in dieser Rubrik in diesem EB) lag der Fokus auf dem Thema Impfen. Vor dem Hintergrund des artikulierten Ärgers über die Lieferverzögerungen des Herstellers AstraZeneca betonten die Abgeordneten, die Impfanstrengungen müssten verstärkt werden, das sei bei aller Begrüßung des Digitalen Grünen Impfbzertifikats der Schlüssel. Bezüglich des Zertifikats nahm das Plenum die Dringlichkeitsprozedur an, die eine Abstimmung ohne Vorbehandlung in den Ausschüssen erlaubt.
- Mit großer Mehrheit verabschiedete das Plenum eine Entschließung zur Festlegung einer EU-Strategie für nachhaltigen Tourismus. Darin werden die Mitgliedstaaten aufgefordert, die Tourismus- und Reisebranche in ihre Aufbaupläne einzubeziehen und eine vorübergehende Senkung der Mehrwertsteuersätze auf diese Dienstleistungen zu erwägen. Die Kommission soll ein EU-Gesundheitsbescheinigungssiegel einführen zur Bescheinigung von Mindesthygienevorschriften zur Prävention und Kontrolle des COVID-19-Virus, um das Vertrauen der Verbraucher zu stärken.
- Darüber hinaus nahm das Plenum Durchführungsbestimmungen für die Erhebung der Eigenmittel im Rahmen des Aufbauplans an, darunter die Kunststoffabgabe, die rückwirkend zum 01.01.2021 in Kraft treten wird nach Ratifikation des Eigenmittelbeschlusses des Rates vom 14.12.2020 durch die Mitgliedstaaten.
- In mehreren Fortschrittsberichten bewertete das Plenum die Situation der Länder des Westbalkans. In Bezug auf Albanien und Nordmazedonien fordern die Abgeordneten jeweils mit großer Mehrheit den formellen Beginn der Beitrittsverhandlungen ohne weitere Verzögerung; in Albanien wird am



25.04.2021 gewählt. Hinsichtlich des Kosovo fordert das Plenum den Rat auf, dringend mit der Verabschiedung einer visafreien Regelung für die Bürger des Kosovo fortzufahren. Besorgt äußerten sich die Abgeordneten in Bezug auf Serbien, da es dort derzeit keine parlamentarische Opposition gebe. Auch müsse Serbien seine Beziehungen mit dem Kosovo normalisieren.

- Das Plenum hat auch eine Entschließung für eine neue EU-Afrika-Strategie beschlossen; sie soll in die Verabschiedung der gemeinsamen Strategie auf dem Gipfeltreffen zwischen EU und Afrikanischer Union in diesem Jahr einfließen. Danach soll die Beziehung tiefer werden und von einer Geber-Nehmer-Konstellation abrücken.
- Nach einem weiteren mit sehr großer Mehrheit angenommenen Bericht fordert das Plenum drastische Maßnahmen zur Verminderung von Plastikabfällen im Meer.

[Pressemitteilungen des Europäischen Parlaments](#)

AUSSCHUSS DER REGIONEN

Plenarversammlung vom 17.03.2021 - 19.03.2021: Einbindung der Regionen in Wiederaufbauplan-Erstellung

Bei der Plenarversammlung des Ausschusses der Regionen (AdR) vom 17.03.2021 - 19.03.2021 betonten Ratspräsident *Charles Michel* und Kommissions-Vizepräsident *Valdis Dombrovskis* die Bedeutung der Regionen für die Ausarbeitung der Wiederaufbaupläne. *Dombrovskis* sagte, die Mitgliedstaaten müssten nachweisen, dass sie die Pläne in enger Abstimmung mit den Regionen erstellt hätten. Kritisch äußerten sich viele AdR-Mitglieder darüber, dass der AdR nur einen Beobachterstatus im Steuerungsgremium der Konferenz zur Zukunft Europas habe; er müsse seine Themen wirksam in die Konferenz einbringen können. Hierzu wird den AdR die siebenköpfige Gruppe „Europäische Demokratie“ unter dem Vorsitz des ehemaligen Ratspräsidenten *Herman van Rompuy* unterstützen. Insbesondere die deutschen AdR-Mitglieder aus Grenz-Bundesländern warben für eine verbesserte Koordinierung des Grenzmanagements in Zeiten der Pandemie. Viele deutsche AdR-Mitglieder plädierten eindringlich für ein Eintreten für die EU in den Regionen, um dem (so berichteten) derzeitigen Imageproblem der EU entgegenzuwirken.

[Webseite des AdR mit Hintergrundinformationen zur 143. Plenarversammlung](#)

INSTITUTIONELLES

Konferenz über die Zukunft Europas: Online-Plattform startet am 19.04.2021

Zwei Wochen nach der Unterzeichnung der gemeinsamen Erklärung durch die Präsidentin der Europäischen Kommission, *Ursula von der Leyen*, den Präsidenten des Europäischen Parlaments (EP), *David Sassoli*, und den portugiesischen Premierminister *António Costa* im Namen der Ratspräsidentschaft, hat die Arbeit an der Konferenz über die Zukunft Europas mit der ersten Sitzung des Exekutiv Ausschusses am 24.03.2021 offiziell



begonnen. Der Ausschuss, der sich gleichberechtigt aus Vertretern der drei Institutionen zusammensetzt, wird die Arbeit, den Ablauf und die Organisation der Konferenz überwachen. Die Ko-Vorsitzenden des Exekutivrats sind *Guy Verhofstadt* (Renew, BEL) im Namen des EP, die portugiesische Staatssekretärin für EU-Angelegenheiten, *Ana Paula Zacarias* als Vertreterin der Präsidentschaft und die Vizepräsidentin der Kommission, *Dubravka Suica*. Weiter gehören dem Gremium für die Zukunft Europas auf Seiten des EP *Manfred Weber* (EVP, DEU) und *Iratxe Garcia Perez* (S&D, ESP), auf Seiten des Rates der slowenische Staatssekretär für EU-Angelegenheiten, *Gasper Dovzan*, und der französische Staatssekretär für EU-Angelegenheiten, *Clément Beaune*, sowie auf Seiten der Kommission der Vizepräsident für interinstitutionelle Beziehungen und Zukunftsforschung, *Maros Sefcovic*, und die Vizepräsidentin für Werte und Transparenz, *Vera Jourova* an. Auf ihrer ersten Sitzung einigte sich das Gremium auf organisatorische Schritte, damit die Bürger mit den Online-Konferenzen bald beginnen können. Geplant ist u. a. eine mehrsprachige interaktive digitale Plattform, die am 19.04.2021 starten soll. Der Vorstand diskutierte auch die Möglichkeit einer formellen Veranstaltung am 09.05.2021 (Zeremonie am Europatag in Straßburg) und einer ersten Konferenz-Plenarsitzung am 10.05.2021, die allerdings von den Einschränkungsmaßnahmen aufgrund der COVID-19-Pandemie abhängen. Das nächste Treffen des Exekutiv-Ausschusses ist für den 07.04.2021 geplant.

[Gemeinsame Pressemitteilung von Kommission, Rat und EP](#)

EU-Gesetzgeber beschließen Instrument für auswärtiges Handeln der EU

Nach dem Trilog-Erfolg im Dezember 2020 stimmten Mitte März 2021 das Europäische Parlament und der Rat dem Instrument für Nachbarschaft, Entwicklung und internationale Zusammenarbeit (NDICI) für den mehrjährigen Finanzrahmen (2021 - 2027) formell zu. Mit einer Gesamtmittelausstattung von 79,5 Mrd. € wird das neue Instrument die Zusammenarbeit der EU mit allen Drittländern abdecken. Die Gesamtzuweisung wird wie folgt aufgeteilt: 60,38 Mrd. € für geografische Programme (Nachbarschaft, Subsahara-Afrika, Asien und den Pazifik, Amerika und die Karibik); 6,36 Mrd. € für thematische Programme (Menschenrechte und Demokratie, Organisationen der Zivilgesellschaft, Frieden, Stabilität und Konfliktprävention sowie globale Herausforderungen); 3,18 Mrd. € für Krisenreaktion. Ein Polster an nicht zugewiesenen Mitteln in Höhe von 9,53 Mrd. € wird für die Aufstockung der Programme und den Krisenreaktionsmechanismus bereitgehalten, um unvorhergesehene Umstände, neue Bedürfnisse oder aufkommende Herausforderungen anzugehen und neue Prioritäten zu fördern. Das neue Instrument NDICI soll planmäßig im Juni 2021 Inkrafttreten.

[Pressemitteilung der Kommission](#)



INTERNATIONALE BEZIEHUNGEN

Verstoß gegen Austrittsabkommen und Nordirland-Protokoll: Kommission leitet rechtliche Schritte gegen das Vereinigte Königreich ein

Die Kommission hat am 15.03.2021 rechtliche Schritte gegen das Vereinigte Königreich eingeleitet. Hintergrund ist der Streit über die Umsetzung der Brexit-Sonderregeln für die britische Provinz Nordirland. Die Zollerleichterungen und geringeren Kontrollen für Lieferungen nach Nordirland sollen Engpässe vermeiden. Die Übergangsregelung ist laut Vertrag bis Ende März befristet, wurde aber Anfang des Monats einseitig von Großbritannien bis Oktober verlängert. Als Begründung führte das Vereinigte Königreich an, Unternehmen müssten ausreichend Zeit erhalten, um den Warenfluss zwischen Großbritannien und Nordirland zu gewährleisten. Der zuständige EU-Kommissionsvizepräsident *Maros Sefcovic* hatte scharf reagiert und der britischen Regierung Vertrags- und Vertrauensbruch vorgehalten. Die britische Regierung verteidigte die ergriffenen Maßnahmen als rechtskonform und Teil einer progressiven Umsetzung des Nordirland-Protokolls im guten Willen. Das Vereinigte Königreich hat nun bis Ende März Zeit, sich zu dem Aufforderungsschreiben zu äußern.

[Schreiben von Vizepräsident *Maroš Šefčovič* an den britischen Minister für EU-Angelegenheiten *David Frost*](#)

EU-Georgien Assoziationsrat bekräftigt die Bedeutung einer vertieften Zusammenarbeit

Am 16.03.2021 fand der sechste EU-Georgien-Assoziationsrat unter Leitung des Hohen Vertreters der EU, *Josep Borrell*, und dem georgischen Premierminister *Irakli Garibashvili* statt. Beide Seiten bekräftigten ihr Engagement für eine vertiefte politische Assoziierung und wirtschaftliche Integration Georgiens. Der Assoziationsrat begrüßte u. a. die bisherigen Fortschritte Georgiens bei der Umsetzung von Reformen im Bereich der Rechtsstaatlichkeit und des Strafvollzugssystems. Es gebe jedoch eine Reihe von Bereichen, in denen weitere Fortschritte erforderlich seien, v. a. die Stärkung der Unabhängigkeit und Rechenschaftspflicht der Justiz und die Angleichung des Ernennungsverfahrens für Richter des Obersten Gerichtshofs an europäische Standards. Die EU bekräftigte daneben ihre Unterstützung für die Souveränität und territoriale Integrität Georgiens innerhalb seiner international anerkannten Grenzen und für eine friedliche Konfliktlösung in Georgien. Der Rat äußerte sich zudem besorgt über die Unterzeichnung eines Programms zur Schaffung eines gemeinsamen sozioökonomischen Raums zwischen Russland und der georgischen Region Abchasien sowie über andere Schritte, welche die Souveränität und territoriale Integrität Georgiens weiter untergraben.

[Pressemitteilung des Rates](#)



STAATSMINISTERIUM DES INNERN, FÜR SPORT UND INTEGRATION

Informelle Videokonferenz der EU-Innenminister am 12.03.2021

Am 12.03.2021 tagten die EU-Innenminister in Form einer informellen Videokonferenz.

- Der Richtlinienvorschlag der Kommission vom 16.12.2020 zur Resilienz kritischer Einrichtungen (EB 04/2021), insbesondere die vorgesehene Ausweitung des Anwendungsbereichs von derzeit zwei auf dann zehn Sektoren, wurde mehrheitlich begrüßt, wenngleich die Aufnahme der öffentlichen Verwaltung als Sektor vereinzelt kritisch kommentiert wurde. Im weiteren Verlauf der Verhandlungen sei auf Kohärenz mit den parallelen Verhandlungen zur NIS2-Richtlinie zu achten, um die Resilienz kritischer Einrichtungen sowohl gegen physische als auch Cyberbedrohungen in einem ganzheitlichen Ansatz zu stärken.
- In Bezug auf das Asyl- und Migrationspaket vom 23.09.2020 gebe es, so der portugiesische Ratsvorsitz, Fortschritte insbesondere im Bereich der externen Dimension. Am 15.03.2021 fand hierzu der „Jumbo-Rat“ der EU-Innen- und Außenminister statt (siehe hierzu gesonderten Beitrag in diesem EB).
- Als ein Teilaspekt wurde dabei der Bericht der Kommission vom 10.02.2021 zur Kooperationsbereitschaft von 39 Drittstaaten im Bereich Rückübernahme (EB 03/2021) erörtert. Laut Kommissarin *Johansson* müsse sich die EU nun auf bestimmte unkooperative Drittstaaten konzentrieren; sollten diese keine ausreichenden Fortschritte bei der Rückübernahme machen, sei sie bereit, bis Sommer Vorschläge zu Einschränkungen bei der Visapolitik zu unterbreiten.

[Wesentliche Ergebnisse der Sitzung vom 12.03.2021](#)

COVID-19

Kommission schlägt digitalen grünen Pass zur Erleichterung der Personenfreizügigkeit vor

Die Kommission hat am 17.03.2021 ihren Legislativvorschlag für einen digitalen grünen Pass vorgestellt. Er soll als Nachweis dafür dienen, dass eine Person entweder bereits geimpft, negativ getestet oder von einer Corona-Erkrankung genesen ist. Der Legislativvorschlag ist auf Art. 21 AEUV (Freizügigkeit) gestützt und soll die Personenfreizügigkeit innerhalb der EU erleichtern. In Form des Impfnachweises soll der digitale grüne Pass auf Impfstoffe beschränkt sein, die eine EU-weite Zulassung erhalten haben, aber die Mitgliedstaaten sollen beschließen können, zusätzlich auch andere Impfstoffe zu akzeptieren. Will ein Mitgliedstaat von Inhabern eines digitalen grünen Passes weiterhin Quarantäne oder Tests verlangen, muss er die Kommission und alle anderen Mitgliedstaaten benachrichtigen und die Gründe für solche Maßnahmen erläutern. Die Überprüfung digitaler grüner Pässe als solche kann nicht eine Wiedereinführung von Binnengrenzkontrollen rechtfertigen, so



die Kommission. Der Legislativvorschlag muss nun von Rat und Europäischem Parlament verhandelt werden (siehe hierzu auch Beitrag des StMGP in diesem EB.)

[Pressemitteilung der EU-Kommission vom 17.03.2021](#)

[Verordnungsvorschlag für ein digitales grünes Zertifikat](#)

MIGRATION UND ASYL

„Jumbo-Rat“ der EU-Innen- und Außenminister berät externe Dimension der Migrationspolitik

Am 15.03.2021 fand die informelle Videokonferenz der EU-Innen- und Außenminister zur externen Dimension der europäischen Migrationspolitik statt, an der insgesamt 54 Minister und vier Kommissionsvertreter – der Hohe Vertreter *Borrell* sowie die Kommissare *Schinas*, *Johansson* und *Várhelyi* – teilnahmen. Es war das erste Mal seit sechs Jahren, dass der Rat in dieser Formation tagte. Künftig soll der gemeinsame Rat jährlich tagen. Die Mitgliedstaaten betonten, Migration sei nicht die einzige, aber eine wesentliche Komponente der Beziehungen der EU zu Drittstaaten, mit denen nun umfassende Partnerschaften zu entwickeln seien. Dabei müssten Visapolitik und legale Migration ebenso berücksichtigt werden wie Handelspolitik, Entwicklungshilfe oder das Erasmus-Programm.

[Wesentliche Sitzungsergebnisse des Jumbo-Rats vom 15.03.2021](#) (in englischer Sprache)

Kontaktgruppe zur Koordinierung von Seenotrettungen auf EU-Ebene tagt erstmals

Am 22.03.2021 tagte erstmals eine Kontaktgruppe der EU-Staaten zur Koordinierung von Seenotrettungen („European Search and Rescue Contact Group“). Die Initiative geht auf den Kommissionsvorschlag für ein neues Asyl- und Migrationspaket vom 23.09.2020 zurück und soll einen interdisziplinären Rahmen für die Zusammenarbeit, den Informationsaustausch und den Austausch bewährter Praktiken bieten. Zwar sei, so Kommissarin *Johansson* anlässlich der ersten Sitzung, Seenotrettung vornehmlich die Verantwortung der Mitgliedstaaten; dennoch sei eine politische Zusammenarbeit entscheidend. Angesichts der Komplexität von Rettungsaktionen und der Vielzahl beteiligter Akteure bedürfe es u. a. einer verbesserten Koordinierung auf EU-Ebene. Außerdem dürfe niemand wegen des Rettens von Leben kriminalisiert werden.

[Rede von Kommissarin Johansson anlässlich der ersten Sitzung der European Search and Rescue Contact Group](#) (in englischer Sprache)

ORGANISIERTES VERBRECHEN

Kommission startet öffentliche Konsultation zur Bekämpfung der Schleuserkriminalität

Am 19.03.2021 startete die Kommission eine öffentliche Konsultation zur Bekämpfung der Schleuserkriminalität. Eine Teilnahme an der Konsultation ist bis 14.05.2021 möglich. Im 2. Quartal 2021 plant die Kommission die Annahme einer Mitteilung zu einem Neuen EU-Aktionsplan 2021 - 2025. Dieser soll



folgende Maßnahmen gegen Migrantenschmuggel enthalten: Zusammenarbeit und Informationsaustausch innerhalb der EU, Vorgehen gegen neue Phänomene der Schleuserkriminalität und gezieltere Zusammenarbeit mit Herkunfts- und Transitländern.

[Zur Konsultation](#)

POLIZEILICHER DATENAUSTAUSCH

Irland tritt dem Schengener Informationssystem bei

Irland ist am 15.03.2021 dem Schengener Informationssystem (SIS), dem größten System für den Informationsaustausch für die innere Sicherheit und das Außengrenzmanagement, beigetreten. Die Inbetriebnahme des Systems in Irland wird die Zusammenarbeit zwischen den Strafverfolgungsbehörden bei der Bekämpfung von grenzüberschreitender Kriminalität und Terrorismus unterstützen und damit zur Verbesserung der inneren Sicherheit in Europa beitragen. Um die Zusammenarbeit zu erleichtern, hat Irland ein nationales SIRENE-Büro eingerichtet, das mit den Büros der anderen Mitgliedstaaten verbunden ist. Ende 2020 enthielt das SIS rd. 93 Mio. Ausschreibungen. Es wurde im Jahr 2020 3,7 Mrd. Mal aufgerufen und enthielt 209.178 Treffer.

[Pressemitteilung der Kommission vom 15.03.2021](#)

Politische Einigung zur Interoperabilität von ETIAS mit anderen EU-Informationssystemen

Am 18.03.2021 erzielten Rat und Europäisches Parlament (EP) eine vorläufige politische Einigung über die Herstellung der Interoperabilität zwischen dem künftigen Europäischen Reiseinformations- und -genehmigungssystem (ETIAS) und anderen EU-Informationssystemen. Bis Ende 2022 soll das System in Betrieb genommen werden. Ab dann müssen sich Drittstaatsangehörige, die in den Schengen-Raum einreisen und von der Visumpflicht befreit sind, vor der Einreise registrieren und eine Genehmigung einholen, die dann für einen Zeitraum von drei Jahren gilt. Das System wird die Daten von Reisenden vor ihrer Reise mit anderen EU-Informationssystemen abgleichen und so bereits im Voraus Personen, die ein Sicherheitsrisiko darstellen könnten, ermitteln. Die politische Vereinbarung enthält detaillierte Angaben zur Interaktion von ETIAS mit anderen EU-Informationssystemen wie EES, VIS und SIS – darunter Abfragezweck, zu verwendende Daten und die Gewährung von erforderlichen Zugangsrechten. Rat und EP müssen die politische Einigung noch förmlich bestätigen.

[Pressemitteilung der Kommission vom 18.03.2021](#)

[Pressemitteilung des Rates vom 18.03.2021](#)

[Pressemitteilung des EP vom 19.03.2021](#) (in englischer Sprache)



POLIZEILICHE AUSBILDUNG

EU-Konsultation zur Evaluierung von CEPOL gestartet

Die Kommission leitete am 18.03.2021 eine öffentliche Konsultation zur Bewertung der Agentur der EU für die Aus- und Fortbildung auf dem Gebiet der Strafverfolgung (CEPOL) ein. Strafverfolgungsbehörden, politische Entscheidungsträger, Hochschulen und die breite Öffentlichkeit sind eingeladen, sich zu beteiligen. Die Konsultation wird bis zum 13.05.2021 laufen. Die Ergebnisse der Konsultation werden in die laufende Evaluierung der Agentur durch die Kommission einfließen, bei der insbesondere ihre Relevanz, Effizienz und ihr EU-Mehrwert bewertet werden. Die Kommission wird in der zweiten Hälfte dieses Jahres über die Ergebnisse der Evaluierung berichten. CEPOL entwickelt und koordiniert Schulungen für Strafverfolgungsbeamte, die gegen schwere und organisierte Kriminalität und Terrorismus in der gesamten EU vorgehen.

[Zur Konsultation](#)

TERRORISMUS

Terroristische Online-Inhalte: Rat bestätigt politische Einigung

Am 16.03.2021 nahm der Rat die Verordnung zur Bekämpfung der Verbreitung terroristischer Online-Inhalte, die sog. TCO-VO, an. Sie soll dazu dienen, terroristische Online-Inhalte rasch zu entfernen. Die zuständigen Behörden der Mitgliedstaaten werden befugt sein, Einfernungsanordnungen zu erlassen, woraufhin Diensteanbieter innerhalb einer Stunde die Entfernung der Inhalte vornehmen müssen. Die Annahme durch den Rat folgt auf die vorläufige politische Einigung zwischen dem Ratsvorsitz und dem Europäischen Parlament (EP), die bereits am 10.12.2020 erzielt worden war (EB 20/2020). Die Verordnung muss nun noch vom EP in zweiter Lesung angenommen werden, bevor sie im Amtsblatt der EU veröffentlicht wird (siehe hierzu auch Beitrag des StMWi in diesem EB).

[Pressemitteilung des Rates vom 16.03.2021](#)

Kommission startet öffentliche Konsultation zur Evaluierung der EU-Vorschriften zur Terrorismusbekämpfung

Am 24.03.2021 leitete die Kommission eine öffentliche Konsultation ein, um die laufende Bewertung der EU-Vorschriften zur Terrorismusbekämpfung zu unterstützen. Die Kommission evaluiert derzeit die Richtlinie zur Terrorismusbekämpfung (2017/541) und prüft, ob sie nach den ersten drei Jahren ihrer Anwendung noch zweckmäßig ist. Bis Ende 2021 will die Kommission ihre Bewertung vorlegen. Interessensträger können bis 16.06.2021 an der Konsultation teilnehmen (siehe hierzu auch Beitrag des StMJ in diesem EB).

[Zur Konsultation](#)



FRONTEX

Europäisches Parlament erteilt Frontex derzeit keine Entlastung für den Haushalt 2019

Am 23.03.2021 stimmte der Haushaltskontrollausschuss des Europäischen Parlaments (EP) dafür, den meisten EU-Institutionen und -Agenturen, mit Ausnahme von Frontex, die Entlastung für den Haushalt 2019 zu erteilen. Das Entlastungsverfahren ist das wichtigste Instrument des EP, um zu überprüfen, wie öffentliche Gelder ausgegeben und EU-Projekte durchgeführt werden. Bevor Frontex eine entsprechende Entlastung erteilt werden könne, müssten weitere Klarstellungen zu einer Reihe von Fragen vorliegen. Insbesondere bestünden Bedenken in Bezug auf die Verzögerungen bei der Einstellung des Grundrechtsbeauftragten und der Grundrechtsüberwacher sowie die mögliche Beteiligung an illegalen Pushbacks. Sollte Frontex bis Herbst keine Maßnahmen zur Verbesserung der Situation ergreifen, könnte das EP beschließen, die Entlastung zu verweigern.

[Pressemitteilung des EP vom 23.03.2021](#) (in englischer Sprache)

DROGEN

Kommission initiiert Verbot von zwei neuen psychoaktiven Substanzen

Die Kommission hat am 12.03.2021 vorgeschlagen, zwei neue psychoaktive Substanzen in der EU zu verbieten: MDMB-4en-PINACA und 4F-MDMB-BICA. Bei den beiden Substanzen handelt es sich um synthetische Cannabinoide, die eine lebensbedrohliche Toxizität aufweisen. Sie sind seit mindestens 2017 in der EU erhältlich. Die Entscheidung, die Substanzen zu verbieten, basiert auf einer Risikobewertung, die von der Europäischen Beobachtungsstelle für Drogen und Drogensucht durchgeführt wurde. Das Europäische Parlament und der Rat haben nun zwei Monate Zeit, den delegierten Rechtsakt zu prüfen, bevor er in Kraft tritt. Sobald er in Kraft ist, haben die Mitgliedstaaten sechs Monate Zeit, um das Verbot in nationales Recht zu überführen.

[Pressemitteilung der Kommission vom 12.03.2021](#)

CYBERSICHERHEIT

Rat verabschiedet Schlussfolgerungen zur Cybersicherheitsstrategie

Der Rat nahm am 22.03.2021 Schlussfolgerungen zur Cybersicherheitsstrategie an, die die Kommission am 16.12.2020 vorgestellt hatte (EB 20/2020). In seinen Schlussfolgerungen hebt der Rat eine Reihe von Aktionsbereichen für die kommenden Jahre vor, darunter die Einrichtung eines Netzes von Sicherheitseinsatzzentren, die gemeinsame Cyberstelle (Joint Cyber Unit), die beschleunigte Verbreitung von Internetsicherheitsstandards sowie die Betonung der Notwendigkeit einer starken Verschlüsselung unter gleichzeitiger Berücksichtigung legitimer Strafverfolgungsinteressen. Der Rat fordert Kommission und den Hohen Vertreter auf, einen detaillierten Umsetzungsplan aufzustellen, um die Umsetzung der Vorschläge, die



im Rahmen der Cybersicherheitsstrategie präsentiert worden waren, zu überwachen (siehe hierzu auch Beitrag des StMD in diesem EB).

[Pressemitteilung des Rates vom 22.03.2021](#)

DATENSCHUTZ

Europäisches Parlament fordert weitere Verbesserungen bei der Umsetzung der DSGVO

Der LIBE-Ausschuss des Europäischen Parlaments (EP) nahm am 16.03.2021 einen Entschließungsantrag zur Bewertung der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) an und fordert darin deren effektive Durchsetzung und ausreichende Ressourcen für Aufsichtsbehörden. Die DSGVO wird insgesamt als Erfolg begrüßt. Gleichzeitig wird bemängelt, dass viele Aufsichtsbehörden in der EU nicht über ausreichende personelle, technische wie finanzielle Ressourcen verfügen. Angesichts der besonderen Herausforderungen, mit denen insbesondere kleine und mittlere Unternehmen bei der Anwendung der DSGVO konfrontiert sind, plädieren die Abgeordneten für mehr Unterstützung, Informationen und Schulungen durch nationale Behörden, Kommission und den Europäischen Datenschutzausschuss. Das Plenum des EP wird in der Plenarsitzung vom 24./25.03.2021 über den Entschließungsantrag abstimmen.

[Pressemitteilung des EP vom 16.03.2021](#) (in englischer Sprache)

PARTEIEN UND STIFTUNGEN

Kommission überprüft Vorschriften zu europäischen politischen Parteien und Stiftungen

Mehr Transparenz und klarere Vorschriften über die Finanzierung europäischer politischer Parteien und Stiftungen gehören zu den wichtigsten Zielen der Überprüfung der Verordnung Nr. 1141/2014 über das Statut und die Finanzierung europäischer politischer Parteien und Stiftungen. Die Überarbeitung der Verordnung ist eines der im Europäischen Aktionsplan für Demokratie gesteckten Ziele, um eine größere demokratische Legitimierung vor den nächsten Wahlen zum Europäischen Parlament zu gewährleisten. Die Kommission hat hierzu Fahrpläne eröffnet, zu denen bis 14.04.2021 Feedback gegeben werden kann. Ein Legislativvorschlag der Kommission ist für das 3. Quartal 2021 geplant.

[Zum Fahrplan](#)



STAATSMINISTERIUM FÜR WOHNEN, BAU UND VERKEHR

VERKEHRSPOLITIK

Europäisches Parlament und Rat einigen sich zur Fazilität „Europa verbinden“ (CEF 2.0)

Am 11.03.2021 haben sich das Europäische Parlament (EP) und der Rat zur zweiten Auflage der Fazilität „Europa verbinden“ (CEF 2.0) für den Förderzeitraum 2021 - 2027 i. H. v. insgesamt 33,71 Mrd. € geeinigt. Die geplante Mittelausstattung (zu laufenden Preisen) umfassen die Sektoren Verkehr (25,81 Mrd. €, davon 11,29 Mrd. € für Kohäsionsländer und 1,69 Mrd. € für militärische Mobilität), Energie (5,84 Mrd. €) und Digitales (2,06 Mrd. €). Im Verkehrsbereich sollen insbesondere multimodale Verkehrsnetze und die Modernisierung der Verkehrsinfrastruktur gefördert werden. Vorrang wird weiterhin der Ausbau des transeuropäischen Verkehrsnetzes (TEN-V) haben. Rund 1,56 Mrd. € sind zur Finanzierung von Schienenverkehrsprojekten zwischen Kohäsionsländern vorgesehen.

Im Energiebereich soll u. a. zur weiteren Integration des europäischen Energiemarkts und zur Interoperabilität der Energienetze beigetragen werden. Förderungen im Bereich Digitales dienen wiederum der Verwirklichung des digitalen Binnenmarkts und einer besseren Konnektivität in der EU, wie die Entwicklung von gemeinsamen digitalen Netzen mit hoher Kapazität und 5G-Systemen. Die Neuauflage der Fazilität soll Synergien in den drei Bereichen schaffen, wie bei vernetzter und automatisierter Mobilität. Ein weiteres zentrales Förderkriterium ist der Beitrag des Projektes zur Erreichung der EU-Klimaschutzziele.

Die vorläufige Einigung muss noch von EP und Rat angenommen werden. Die CEF-Verordnung tritt nach ihrer Veröffentlichung im EU-Amtsblatt in Kraft und wird rückwirkend ab dem 01.01.2021 gelten. Erste Projektaufrufe sollen noch vor der Sommerpause 2021 erfolgen.

[Pressemitteilung des Rates](#)

[Pressemitteilung des EP](#) (in englischer Sprache)

VERKEHRSPOLITIK

Kommission gibt Finalisten für die Preise für nachhaltige Mobilität bekannt

Am 22.03.2021 hat die Kommission die Finalisten für den EUROPEANMOBILITYWEEK Award, den Preis für nachhaltige urbane Mobilitätsplanung (SUMP Award) und den Preis für städtische Straßenverkehrssicherheit (EU Urban Road Safety Award) bekannt gegeben. Das Jahr 2020 stand für alle Auszeichnungen unter dem Motto „Emissionsfreie Mobilität für alle“. Die Finalisten für den EUROPEANMOBILITYWEEK Award 2020 für Gemeinden mit mehr als 100.000 Einwohnern sind Granada (Spanien), Mönchengladbach (Deutschland) und Sofia (Bulgarien); für Gemeinden mit weniger als 100.000 Einwohnern Bruck an der Leitha (Österreich), Lilienthal (Deutschland) und Nea Moudania (Griechenland). Die Finalisten für den neunten SUMP Award sind Belgrad (Serbien), Bilbao (Spanien) und die Metropolregion Grenoble (Frankreich). Die Finalisten des zweiten EU Urban Road Safety Award sind Bilbao (Spanien), Heraklion (Griechenland) und Quart de Poblet (Spanien).



Die vier Gewinner werden im Rahmen einer Online-Preisverleihung am 19.04.2021 bekannt gegeben. Die EUROPEANMOBILITYWEEK findet voraussichtlich vom 16. - 22.09.2021 statt.

[Pressemitteilung der Kommission](#) (in englischer Sprache)

SCHIENENVERKEHR

Rat beauftragt Kommission zur Unterzeichnung der Erklärung von Locarno über die Entwicklung des Eisenbahnsystems

Am 22.03.2021 hat der Rat die Kommission zur Unterzeichnung der rechtlich nicht verbindlichen Erklärung von Locarno über die Entwicklung des Eisenbahnsystems in der EU beauftragt. Ziel ist es u. a., mehr Straßengüterverkehr im Alpenraum auf die Schiene zu verlagern. Zudem sollen die transeuropäischen Verkehrsnetze (TEN-V) auch mit Mitteln aus dem EU-Wiederaufbaufonds weiter ausgebaut werden. Darüber hinaus soll die Zusammenarbeit bei grenzüberschreitenden Schieneninfrastrukturprojekten verbessert werden. Mit der Unterzeichnung der Erklärung wird auch ein Beitrag zum Europäischen Jahr der Schiene 2021 geleistet.

[Mitteilung des Rates](#)

STRAßENVERKEHR

EuGH urteilt zu Sanktionen bei lückenhafter Fahrtenschreiberdokumentation

Am 24.03.2021 hat der EuGH in den verbundenen Rechtssachen C-870/19 und C-871/19 Präфекtur der Provinz Florenz / Fahrer von Lastkraftwagen bzw. Bussen geurteilt, dass bei Fehlen von Schaublättern des Fahrtenschreibers nur eine einzige Sanktion verhängt werden darf. Nach der Verordnung Nr. 561/2006 zur Harmonisierung von Sozialvorschriften im Straßenverkehr müssen Fahrer mit einem Fahrtenschreiber ausgestatteter Fahrzeuge bei einer Kontrolle die Schaublätter für die laufende Woche und die von ihnen in den vorausgehenden 28 Tagen verwendeten Schaublätter vorlegen können. Der italienische Kassationshof ersuchte den EuGH zu klären, ob bei Lücken in dieser Dokumentation nur eine einzige Sanktion oder für jeden Tag, für den kein Schaublatt vorgelegt wurde, eine eigene Sanktion verhängt werden darf. Der EuGH kommt nun zum Urteil, dass nur eine einzige Sanktion verhängt werden darf, unabhängig davon, wie viele Schaublätter fehlen. Auf diesen Bereich ist der in Art. 49 der Charta der Grundrechte der EU verankerte Grundsatz der gesetzlichen Bestimmtheit von strafbaren Handlungen und Strafen anwendbar, wonach für jeden Bürger erkennbar sein muss, für welche Verhaltensweisen sie nach den gesetzlichen Vorschriften mit welchen Sanktionen zur Verantwortung gezogen werden. Schlussanträge wurden nicht vorgelegt.

[EuGH-Pressemitteilung in den verbundenen Rechtssachen C-870/19 und C-871/19](#)

[EuGH-Urteil in den verbundenen Rechtssachen C-870/19 und C-871/19](#)

[Verordnung \(EG\) Nr. 561/2006 zu Sozialvorschriften im Straßenverkehr](#)



Kommission führt Befragung zu Normen für Ladestellen für Elektrobusse durch

Bis zum 20.04.2021 führt die Kommission eine Befragung zum Entwurf einer delegierten Verordnung zur Ergänzung der Richtlinie 2014/94/EU hinsichtlich der Normen für Ladestellen für Elektrobusse durch. Ziel ist es, die technischen Spezifikationen für Ladepunkte für Elektrofahrzeuge durch EU-Normen für Ladepunkte für Elektrobusse zu ergänzen. Diese Normen wurden bereits von den europäischen Normungsorganisationen CEN und CENELEC angenommen. Eine Annahme der delegierten Verordnung durch die Kommission ist für das 2. Quartal 2021 geplant.

[Konsultation der Kommission](#)

[Richtlinie 2014/94/EU](#)

LUFTVERKEHR

Kommission veröffentlicht Studie zur nachhaltigen Finanzierung im Luftverkehr

Am 15.03.2021 hat die Kommission die Ergebnisse einer Studie zur „Sustainable Finance“-Taxonomie für den Luftverkehr veröffentlicht. Die Taxonomie-Verordnung trat am 12.07.2020 in Kraft. Sie legt Bedingungen fest, die eine wirtschaftliche Tätigkeit erfüllen muss, um als ökologisch nachhaltig zu gelten. Die Studie schlägt vor, dass der Luftverkehr eine klare Perspektive für ökologisch nachhaltige Konzepte entwickeln müsse. Dabei sollen hinreichende Grundlagen geschaffen und klare technische Kriterien definiert werden. Ziel sei es, „Greenwashing“ zu vermeiden und Kapitalgebern Anreize für nachhaltige Investitionen im Luftverkehrssektor zu geben.

[Pressemitteilung der Kommission](#) (in englischer Sprache)

[Studie zur nachhaltigen Finanzierung im Luftverkehr](#) (in englischer Sprache)

[Zusammenfassung der Studie](#) (in englischer Sprache)

BAUEN UND WOHNEN

Europäisches Parlament fasst EntschlieÙung zur Bauproduktenverordnung

Am 10.03.2021 hat das Plenum des Europäischen Parlaments (EP) eine EntschlieÙung zur Umsetzung der Bauproduktenverordnung (EU) Nr. 305/2011 (BauPVO) mit 686 Stimmen zu 4 Gegenstimmen und 5 Enthaltungen gefasst. Hierin zeigt sich das EP besorgt, dass von 444 vorhandenen harmonisierten Normen für Bauprodukte nach Einführung der BauPVO nur zwölf neue Normen verabschiedet wurden. Zudem führt die unvollständige Harmonisierung teilweise zu zusätzlichen nationalen Anforderungen. Zu den dringendsten Problemen zählen u. a. der langwierige Normsetzungsprozess, der Rückstau bei der Aktualisierung vorhandener Normen und die mangelnde Rechtsklarheit unter der bestehenden Verordnung. Die EU-Mitgliedstaaten werden aufgefordert, die Marktüberwachung von Produkten, die unter die Harmonisierungsrechtsvorschriften der Union fallen, zu verstärken. Die Kommission solle gegen ungerechtfertigte Hemmnisse im Binnenmarkt vorgehen. Zudem weist das EP darauf hin, dass die CE-



Kennzeichnung im Rahmen der BauPVO nicht angibt, ob ein Bauprodukt sicher ist oder bei Bauwerken verwendet werden kann. Daneben sollen bei der Überarbeitung der BauPVO Umweltverträglichkeits- und Nachhaltigkeitskriterien über den gesamten Lebenszyklus von Produkten stärker berücksichtigt werden. Während der Übergangszeit müsse ebenfalls Rechtsklarheit bestehen.

[Entschließung des EP](#)

[Bauproduktenverordnung \(EU\) Nr. 305/2011](#)

Eurostat veröffentlicht Zahlen zur Produktion im Baugewerbe für Januar 2021 in der EU

Am 17.03.2021 hat das statistische Amt der EU (Eurostat) Zahlen zur saisonbereinigten Produktion im Baugewerbe für Januar 2021 in der EU veröffentlicht (EB 04/21). Danach sank diese in der EU-27 gegenüber Januar 2020 um -1,8 %. Die Bautätigkeit sank im Tiefbau um -6,5 % und im Hochbau um -0,7 %. Die größten Zuwächse der Produktion im Baugewerbe wurden in Ungarn (+11,0 %), Frankreich (+4,3 %) und Slowenien (+4,2 %) verzeichnet. Die stärksten Rückgänge gab es in der Slowakei (-14,5 %), Deutschland (-8,7 %) und Österreich (-8,5 %).

[Pressemitteilung von Eurostat](#)



STAATSMINISTERIUM DER JUSTIZ

Kommission startet öffentliche Konsultation zur Evaluierung der EU-Vorschriften zur Terrorismusbekämpfung

Die Kommission startete am 24.03.2021 eine öffentliche Konsultation zur Evaluierung der EU-Vorschriften zur Terrorismusbekämpfung (Richtlinie 2017/54). Bis 16.06.2021 sind Rückmeldungen möglich. Die Richtlinie 2017/54 zur Terrorismusbekämpfung war von den Mitgliedstaaten bis 08.09.2018 umzusetzen. Sie legt Mindeststandards für die Definition von terroristischen und terrorismusbezogenen Straftaten und für Sanktionen fest und sieht Bestimmungen zum Schutz und zur Unterstützung von Opfern des Terrorismus vor. Die Kommission bewertet nun den Mehrwert der Richtlinie und will feststellen, ob sie ihren Zweck erfüllt. Auch die Auswirkungen der Richtlinie auf die Grundrechte und Grundfreiheiten einschließlich der Nichtdiskriminierung, die Rechtsstaatlichkeit und das Niveau des Schutzes und der Unterstützung von Opfern des Terrorismus sollen Berücksichtigung finden. Bis zum 08.09.2021 soll dem Europäischen Parlament und dem Rat ein Bericht vorgelegt werden. Auf Grundlage dieser Bewertung wird die Kommission erforderlichenfalls über Folgemaßnahmen entscheiden (siehe auch Beitrag des StMI in diesem EB).

[Zur Konsultation](#) (über Auswahl in deutscher Sprache verfügbar)

Kommission überprüft Vorschriften zu europäischen politischen Parteien und Stiftungen

Am 17.03.2021 veröffentlichte die Kommission einen Fahrplan für eine Überarbeitung der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 1141/2014 über das Statut und die Finanzierung europäischer politischer Parteien und Stiftungen. Bis 14.04.2021 kann hierzu Rückmeldung gegeben werden. Im Kern geht es um mehr Transparenz bei bezahlter politischer Werbung und der Finanzierung europäischer politischer Parteien. Es soll auch untersucht werden, ob und wie eine ausländische Einmischung in europäische Wahlen effektiver verhindert werden kann. Die Kommission will im 3. Quartal 2021 einen Legislativvorschlag vorlegen (siehe hierzu auch Beitrag des StMI in diesem EB).

[Zum Fahrplan](#) (über Auswahl in deutscher Sprache verfügbar)

Eurojust veröffentlichten Jahresbericht 2020

Am 23.03.2021 veröffentlichte die Agentur der EU für justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen (Eurojust) ihren Jahresbericht 2020. Aus dem Bericht geht hervor, dass die Agentur trotz der COVID-19 Pandemie ihre Arbeit in vollem Umfang aufrechterhalten konnte. Im vergangenen Jahr wurden 13 % mehr Fälle registriert, insgesamt mehr als 8.800. Dies spiegelt die zunehmende Komplexität der grenzüberschreitenden strafrechtlichen Ermittlungen wider.



Im Jahr 2020 führte die justizielle Zusammenarbeit über Eurojust zu Verhaftungen von 2.209 Verdächtigen, zum Einfrieren von Vermögenswerten in Höhe von 1,9 Mrd. € und zur Beschlagnahmung von Drogen im Wert von 3 Mrd. €.

[Pressemitteilung Eurojust](#) (in englischer Sprache)

[Jahresbericht Eurojust 2020](#) (in englischer Sprache)

Kampf gegen Kriminalität im Bereich des geistigen Eigentums: EUIPO und Eurojust verstärken Zusammenarbeit

Das Amt der EU für geistiges Eigentum (EUIPO) und die Agentur der EU für justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen (Eurojust) verstärken ihre Zusammenarbeit, um Produkt- und Markenpiraterie auch online effektiver bekämpfen zu können. Hierzu unterzeichneten sie ein „Service Level Agreement“ (SLA). Die Kapazität von Eurojust soll erweitert werden ebenso wie deren Expertise zur Unterstützung der Ermittlungen in diesem Bereich. Hintergrund ist die Einschätzung, dass Kriminalität im Bereich des geistigen Eigentums zunehmend mit organisierter Kriminalität und anderen schweren Straftaten im Zusammenhang steht. Zudem habe die COVID-19 Pandemie im Zusammenhang mit gefälschten Schutzausrüstungen und Gesichtsmasken die Bedeutung auch für den Bereich des Verbraucherschutzes vor Augen geführt. Die Vereinbarung sieht bis Ende 2024 zusätzliche Mittel für Eurojust in Höhe von 750.000 € vor. Die verstärkte Zusammenarbeit soll auch dem Europäischen Netzwerk der Staatsanwälte im Bereich des geistigen Eigentums stärken.

[Gemeinsame Pressemitteilung von EUIPO und Eurojust vom 15.03.2021](#) (in englischer Sprache)

EuGH: Pilotenstreik kein „außergewöhnlicher Umstand“ für Airlines

Am 23.03.2021 entschied der EuGH in der Rechtssache C-28/20 zu der Frage, ob ein Pilotenstreik, der zu einer Flugannullierung führte, für die Airlines ein „außergewöhnlicher Umstand“ i. S. d. Fluggastrechteverordnung ist. Im Falle eines außergewöhnlichen Umstands müssen die Luftfahrtunternehmen keine Ausgleichszahlungen leisten.

Im konkreten Fall wurde ein Flug kurzfristig aufgrund eines Streiks der Piloten des beklagten Luftfahrtunternehmens, die bessere Arbeitsbedingungen forderten, annulliert. Der EuGH wies zunächst darauf hin, dass für einen „außergewöhnlicher Umstand“ zwei Bedingungen erfüllt sein müssen. Erstens dürfen die Vorkommnisse nicht Teil der normalen Ausübung der Tätigkeit des betroffenen Luftfahrtunternehmens sein. Zweitens dürfen sie vom Luftfahrtunternehmen nicht tatsächlich beherrschbar sein. Ein Pilotenstreik für bessere Arbeitsbedingungen sei, so der EuGH, Teil der normalen Ausübung der Tätigkeit des Arbeitgebers. Zudem hätte sich die Airline auf den Streik vorbereiten und dessen Folgen gegebenenfalls abfangen können. Daher liege kein „außergewöhnlicher Umstand“ vor. Der EuGH wies aber zugleich darauf hin, dass der Fall anders zu entscheiden wäre, wenn eine externe Ursache vorliegt, also beispielsweise ein Streik der Fluglotsen oder des Flughafenpersonals. Oder aber, wenn einem Streik Forderungen zugrunde liegen, die nur von staatlichen



Europabericht der Vertretung des Freistaates Bayern bei der EU
Nr. 06/2021 vom 29.03.2021



Stellen erfüllt werden können. Dann seien die Vorkommnisse für das betroffene Luftfahrtunternehmen nicht beherrschbar.

[Pressemitteilung](#)

[Urteil des EuGH](#)



STAATSMINISTERIUM FÜR WISSENSCHAFT UND KUNST

Erstes Jahresarbeitsprogramm für Erasmus+ 2021 - 2027 angenommen

Die Kommission hat am 25.03.2021 das Jahresarbeitsprogramm 2021 des EU-Programms Erasmus+ auf den Weg gebracht und damit den Startschuss für die neue Förderperiode 2021 - 2027 gegeben. Insgesamt wird das neue Erasmus+-Programm für die gesamte Laufzeit mit 26,2 Mrd. € und zusätzlich 2,2 Mrd. € aus den EU-Außenfinanzierungsinstrumenten (NDICI) ausgestattet.

Der größte Teil des Programms (70 %) wird weiterhin für die Förderung der Mobilität zur Verfügung stehen. So werden Studien- und Lernaufenthalte im Ausland, Praktika, Lehrstellen und der Austausch von Personal in allen Bereichen der allgemeinen und beruflichen Bildung, der Jugend und des Sports gefördert. Das Programm steht Schülerinnen und Schülern, Studierenden, Auszubildenden, Erwachsenen, Jugendlichen, Jugendarbeiterinnen und -arbeitern und Sporttrainerinnen und -trainern offen.

Daneben werden grenzüberschreitende Kooperationsprojekte zwischen den verschiedensten Institutionen im Bildungs-, Jugend- und Sportbereich gefördert. Hierzu gehören als wichtige Initiativen die Europäischen Hochschulnetzwerke („European Universities“), Exzellenzzentren für Berufliche Bildung („Centres of Vocational Excellence“) und „Erasmus Teachers Academies“.

Mit der Annahme des Jahresarbeitsprogramms ist die erste Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen verbunden, in deren Rahmen ab sofort mithilfe der nationalen Agenturen Fördermittel beantragt werden können.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

[Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen](#)

[Informationsblatt zu Erasmus+](#) (in englischer Sprache)

Strategischer Plan 2021 - 2024 für Horizont Europa angenommen

Am 15.03.2021 hat die Kommission den Strategischen Plan (SP) für das Forschungsrahmenprogramm Horizont Europa angenommen. Mit dem SP, der den Zeitraum 2021 - 2024 umfasst, werden erstmals strategische Leitlinien für die Ausrichtung der Investitionen in Forschung und Innovationen für ein Forschungsrahmenprogramm der EU festgelegt. Diese sind:

- Förderung einer offenen strategischen Autonomie durch Übernahme einer Führungsrolle bei der Entwicklung wichtiger digitaler, grundlegender und neuer Technologien, Sektoren und Wertschöpfungsketten.
- Wiederherstellung von Ökosystemen und biologischer Vielfalt Europas sowie nachhaltige Verwaltung natürlicher Ressourcen.
- Europa zur ersten digitalbasierten kreislauforientierten, klimaneutralen und nachhaltigen Wirtschaft machen.



- Schaffung einer widerstandsfähigeren, inklusiveren und demokratischeren europäischen Gesellschaft.

Damit wird das Ziel verfolgt, mit Forschung und Innovation einen entscheidenden Beitrag zur Erreichung zentraler Prioritäten der EU, also ein klimaneutrales und grünes Europa sowie ein Europa für das digitale Zeitalter, zu leisten. Der SP legt auch Zahl und Ausrichtung der neu gestalteten Partnerschaften sowie die fünf Missions-Bereiche (Krebs; Anpassung an den Klimawandel; Ozeane, Meere und Gewässer; Klimaneutrale und smarte Städte; Boden, Gesundheit und Ernährung) unter Horizont Europa fest.

Auf der Grundlage des SP werden nunmehr die Arbeitsprogramme zu Horizont Europa erarbeitet, die die einzelnen thematischen Ausschreibungen enthalten. Die ersten Ausschreibungen werden für Frühjahr 2021 erwartet.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

[Factsheet zum Strategischen Plan](#) (in englischer Sprache)

[Strategischer Plan im Volltext](#) (in englischer Sprache)

Europäischer Innovationsrat gestartet

Die Kommission hat am 18.03.2021 den Europäischen Innovationsrat (European Innovation Council, EIC) offiziell auf den Weg gebracht. Der EIC ist eine Neuerung des Forschungsrahmenprogramms Horizont Europa und ist dort in der 3. Säule („Innovatives Europa“) angesiedelt. Sein Ziel ist es, die Umsetzung vielversprechender Ideen aus der Forschung hin zu bahnbrechenden marktfähigen Innovationen zu (be)fördern. Für die Laufzeit von 2021 - 2027 werden ihm dafür über 10 Mrd. € zur Verfügung stehen.

Der EIC arbeitet im Wesentlichen mit zwei Förderinstrumenten: Der EIC-Pathfinder richtet sich an multidisziplinäre Forschungsteams und will visionäre Forschung mit dem Potenzial für disruptive Innovationen identifizieren und fördern. Der EIC-Accelerator bietet vornehmlich Start-ups und KMU Mischfinanzierungen an, um Innovationen zum Durchbruch auf dem Markt zu verhelfen.

Zugleich wurde auch das erste Jahresarbeitsprogramm des EIC veröffentlicht, mit dem im Jahr 2021 Finanzierungsmöglichkeiten in Höhe von insgesamt über 1,5 Mrd. € zur Verfügung stehen sollen (siehe hierzu auch Beitrag des StMWi in diesem EB).

[Pressemitteilung der Kommission](#)

[Webseite des EIC](#) (in englischer Sprache)

[Jahresarbeitsprogramm 2021 des EIC](#) (in englischer Sprache)

Veröffentlichungsplattform „Open Research Europe“ gestartet

Am 24.03.2021 startete die Kommission die neue „Open Access“- Plattform „Open Research Europe“. Auf ihr können von nun an Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler ihre Forschungsergebnisse frei und kostenlos einer breiten Öffentlichkeit zugänglich machen. Die Kommission möchte so die offene Wissenschaft



unterstützen und Transparenz im Veröffentlichungsprozess fördern. Durch den frühen und möglichst weiten Zugang zum Forschungsprozess sollen Forschungs- und Innovationssysteme effizienter und kreativer gestaltet werden können. Vorgestellt werden die Forschungsergebnisse von Projekten, die im Rahmen von Horizont Europa und dessen Vorgängerprogramm Horizont 2020 finanziert wurden. Zum Start der Plattform sind bereits 40 wissenschaftliche Veröffentlichungen aus unterschiedlichen Forschungsgebieten eingereicht worden.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

[Link zur Plattform](#) (in englischer Sprache)

[Infografik](#) (in englischer Sprache)



STAATSMINISTERIUM DER FINANZEN UND FÜR HEIMAT

Informelle Videokonferenz der Wirtschafts- und Finanzministerinnen und -minister

Die Wirtschafts- und Finanzministerinnen und -minister tauschten sich am 16.03.2021 im Rahmen einer informellen Videokonferenz u. a. zum Thema Besteuerung der digitalen Wirtschaft aus. Der Großteil der Minister befürwortet diesbezüglich eine internationale Lösung auf OECD-Ebene. Ziel ist hierbei, bis Mitte Juni 2021 zu einer globalen und einvernehmlichen Einigung zu kommen. Die Kommission wies in diesem Zusammenhang auch auf die laufenden Arbeiten zu einem EU-Gesetzgebungsvorschlag für eine Digitalabgabe hin, der ebenfalls im Juni 2021 vorgelegt werden soll. Dabei werde es sich um ein separates Instrument handeln, das nicht mit den Körperschaftssteuervorschriften, die auf OECD-Ebene verhandelt werden, verknüpft werden dürfe.

Des Weiteren zogen die Ministerinnen und Minister eine Bilanz der derzeitigen Wirtschaftslage und der künftigen wirtschaftlichen Aussichten. Die Diskussion beruhte auf der kürzlich vorgelegten Mitteilung „Ein Jahr nach dem Ausbruch von COVID-19 – die fiskalpolitische Reaktion“. Alle Ministerinnen und Minister waren dabei der Auffassung, dass die Unterstützung aus den Haushalten nicht zu früh zurückgenommen werden dürfe, mittelfristig müsse die Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen allerdings sichergestellt werden.

[Pressemitteilung des Rates](#)

STEUER

EuGH: Polnische Einzelhandelssteuer und ungarische Werbesteuer verstoßen nicht gegen EU-Beihilferecht

Der Europäische Gerichtshof (EuGH) hat am 16.03.2021 entschieden, dass die Einführungen einer polnischen Einzelhandelssteuer und einer ungarischen Werbesteuer nicht gegen das EU-Beihilferecht verstoßen (Rechtssachen C-562/19 P Kommission / Polen, C-596/19 P Kommission / Ungarn).

Die Kommission hatte im Mai 2016 mit Beschluss festgestellt, dass eine von Polen eingeführte Einzelhandelssteuer eine mit dem Binnenmarkt unvereinbare EU-Beihilfe darstelle. Auch bei einer von Ungarn im August 2014 eingeführten Werbesteuer stellte die Kommission im März 2015 die Unvereinbarkeit fest. Das Europäische Gericht (EuG) erklärte daraufhin die beiden Beschlüsse der Kommission für nichtig. Das von der Kommission eingeleitete Rechtsmittel wurde nun vom EuGH zurückgewiesen mit der Begründung, dass es den Mitgliedstaaten beim gegenwärtigen Stand der Harmonisierung des Steuerrechts der Union freistehe, das ihnen am geeignetsten erscheinende Steuersystem einzuführen, sodass die Anwendung einer an den Umsatz anknüpfenden progressiven Besteuerung in das Ermessen jedes Mitgliedstaats fällt.

[Pressemitteilung des EuGH](#)



WIRTSCHAFTS- UND WÄHRUNGSUNION

Videokonferenz der Euro-Gruppe

Die Euro-Gruppe diskutierte am 15.03.2021 u. a. über die Auswirkungen der Pandemie auf verschiedene Sektoren der Wirtschaft des Euroraums und die möglichen strukturellen Veränderungen, die sie ausgelöst haben könnte. Zudem tauschten sich die Ministerinnen und Minister über den Sachstand der fiskalpolitischen Unterstützungsmaßnahmen aus. Als Grundlage für die Diskussion diente dabei die Mitteilung der Kommission zum Thema „Ein Jahr nach dem Ausbruch von COVID-19 – die fiskalpolitische Reaktion“, wobei der Schwerpunkt auf der fiskalischen Strategie und dem fiskalischen Kurs im Euroraum lag. In diesem Zusammenhang einigten sie sich auf die wichtigsten Botschaften der laufenden koordinierten finanzpolitischen Reaktion und verabschiedeten eine Erklärung. Darüber hinaus erörterte die Euro-Gruppe den 9. Bericht über die verstärkte Überwachung Griechenlands. Dieser vierteljährliche Bericht dient der Beobachtung der wirtschaftlichen, haushaltspolitischen und finanziellen Lage und der Fortschritte im Hinblick auf die nach dem Programm geltenden politischen Verpflichtungen, die von der Euro-Gruppe im Juni 2018 vereinbart wurden. In Vorbereitung auf den Euro-Gipfel am 26.03.2021 führten die Ministerinnen und Minister einen Gedankenaustausch über die internationale Rolle des Euro.

[Pressemitteilung des Rates](#) (in englischer Sprache)

[Erklärung der Euro-Gruppe](#) (in englischer Sprache)

[Pressestatement von Kommissar Gentiloni](#) (in englischer Sprache)

[Remarks von Euro-Gruppen Vorsitz Pascal Donohoe](#) (in englischer Sprache)



STAATSMINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFT, LANDESENTWICKLUNG UND ENERGIE

WIRTSCHAFT MIT BINNENMARKT UND INDUSTRIE

Europäische Investitionsbank vergibt 50 Mio. € Risikofinanzierung an den Wachstumsfonds Bayern 2

Die Europäische Investitionsbank (EIB) hat am 23.03.2021 bekanntgegeben, an den Wachstumsfonds Bayern 2 bis zu 50 Mio. Risikokapital zur Verfügung zu stellen. Der Wachstumsfonds 2 wird durch die Bayern Kapital GmbH verwaltet und wurde auf Initiative des Freistaats Bayern eingerichtet. Sein Zielvolumen beträgt 165 Mio. €, seitens der LfA Förderbank, deren hundertprozentige Tochtergesellschaft die Bayern Kapital GmbH ist, wurden bereits 115 Mio. € zugesagt. Die Finanzierung durch die EIB erfolgt im Rahmen des Europäischen Fonds für strategische Investitionen (EFSI) und ist das erste Projekt mit einer regionalen Förderbank in Deutschland.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

Terroristische Online-Inhalte: Rat bestätigt Politische Einigung

Der Rat hat am 16.03.2021 die am 10.12.2020 erzielte politische Einigung zur Verordnung zur Verhinderung der Verbreitung terroristischer Online-Inhalte (EB 20/20) angenommen. Diese zielt darauf ab, dass Behörden Internetplattformen dazu auffordern können, binnen einer Stunde terroristische Online-Inhalte von den Plattformen zu entfernen. Sie soll auch dazu beitragen, der Verbreitung extremistischer Ideologien im Internet entgegenzuwirken.

In einem nächsten Schritt folgt die förmliche Annahme durch das Europäische Parlament, bevor die Verordnung im EU-Amtsblatt veröffentlicht wird. Am zwanzigsten Tag nach der Veröffentlichung tritt diese in Kraft und wird ein Jahr später zur Anwendung kommen.

[Pressemitteilung des Rates](#)

[Text der Verordnung](#)

InvestEU: Rat nimmt Verordnung an

Der Rat hat am 17.03.2021 die Verordnung zum erneuerten InvestEU-Programm formal angenommen. Diese soll dazu beitragen, mehr private Investitionen für eine nachhaltige Erholung zu mobilisieren, die zu einer grünen, digitalen und widerstandsfähigen Wirtschaft beitragen sollen. Mindestens 30 % der Investitionen sollen dabei den Klimaschutzzielen der EU zugutekommen und so einen wichtigen Beitrag zum Green Deal leisten. Das Europäische Parlament hatte die politische Einigung bereits am 09.03.2021 bestätigt (EB 05/21). Die Verordnung wird nun im EU-Amtsblatt veröffentlicht und tritt am 20. Tag nach ihrer Veröffentlichung in Kraft.



Voraussichtlich Mitte 2021 wird es für Unternehmen und Projektträger möglich sein, die Fördermittel zu beantragen.

[Pressemitteilung des Rates](#)

Rat nimmt Schlussfolgerungen zur Strategie für den Massenzahlungsverkehr an

Der Rat hat am 22.03.2021 Ratsschlussfolgerungen zur Strategie für den Massenzahlungsverkehr angenommen. Durch die Strategie soll es Verbrauchern erleichtert werden, in Geschäften zu bezahlen und Zahlungsvorgänge im elektronischen Handel sollen in der gesamten EU allgemein verfügbar, bequem und sicher sein. Der Rat begrüßt in seinen Schlussfolgerungen diese Ziele und betont die Notwendigkeit der Gewährleistung eines wettbewerbsfähigen und innovativen Massenzahlungsmarkts in der EU, die Förderung der Einführung von Sofortzahlungen und die Schaffung von Voraussetzungen für die Entwicklung EU-weiter Zahlungslösungen, um die Souveränität der EU zu stärken. Besondere Bedeutung komme dabei der finanziellen Inklusion, der Sicherheit, dem Verbraucherschutz, dem Datenschutz und der Bekämpfung von Geldwäsche zu. In diesem Zusammenhang begrüßt der Rat auch die angestrebte umfassende Überprüfung der Zahlungsdiensterichtlinie.

[Pressemitteilung des Rates](#)

[Schlussfolgerungen des Rates zur Strategie für den Massenzahlungsverkehr](#)

Europäische Batterieallianz: Fünftes Ministertreffen

Am 12.03.2021 fand das 5. Ministertreffen im Rahmen der Europäischen Batterieallianz statt. Dabei erörterten die Minister die seit dem letzten Ministertreffen im Jahr 2019 (EB 18/19) erzielten Fortschritte und berieten über die dringlichsten Prioritäten, wie die Versorgung mit Rohstoffen und der Zugang zu qualifizierten Arbeitskräften. Insbesondere streben sie eine Verabschiedung der vorgeschlagenen Batterieverordnung bis 2022 und die Veröffentlichung von EU-Prinzipien, die das Handeln der Industrie im Rohstoffbereich leiten sollen. Zudem soll ein Runder Tisch zum nachhaltigen Rohstoffabbau und eine spezielle Kooperationsplattform zur Unterstützung der Regionen bei der Bewältigung des Fachkräftemangels durch den Fonds für einen gerechten Übergang eingerichtet werden.

Zudem wird die Kommission im April gemeinsam mit dem Privatsektor eine Absichtserklärung (Memorandum of Understanding) für eine neue europäische Partnerschaft zur Batterieforschung im Rahmen des Forschungsrahmenprogramms Horizont Europa unterzeichnen.

[Pressemitteilung der Kommission](#) (in englischer Sprache)

[Rede von Kommissionsvizepräsident Maroš Šefčovič](#) (in englischer Sprache)



Strategischer Plan 2021-2024 für Horizont Europa angenommen

Die Kommission hat am 15.03.2021 den ersten Strategieplan für das Forschungsrahmenprogramm Horizont Europa mit einem Gesamtvolumen von 95,5 Mrd. € zu jeweiligen Preisen angenommen. Dieser soll dazu dienen, die strategischen Leitlinien für die Ausrichtung der Investitionen in den ersten vier Jahren des Programms festzulegen (siehe hierzu auch Beitrag des StMWK in diesem EB).

[Pressemitteilung der Kommission](#)

Europäischer Innovationsrat gestartet

Die Kommission hat am 18.03.2021 den Europäischen Innovationsrat (EIC) des Forschungsrahmenprogramms Horizont Europa gestartet, der mit über 10 Mrd. € ausgestattet ist und von 2021-2027 laufen soll. Der EIC baut auf dem vorangegangenen Pilotprogramm im Rahmen von Horizont 2020 auf und zielt auf die Unterstützung von innovativen Start-ups und KMUs beim Zugang zu Beteiligungskapital und bei Expansionen ab. Ein speziell dafür vorgesehener Beteiligungsfonds, der Fonds des Europäischen Innovationsrats, wird dabei mit rund 3 Mrd. € des EIC-Haushalts ausgestattet.

Zugleich wurde auch das erste Jahresarbeitsprogramm des EIC veröffentlicht, mit dem im Jahr 2021 Finanzierungsmöglichkeiten in Höhe von insgesamt über 1,5 Mrd. € zur Verfügung stehen sollen. Bewerbungen für den Preis für Innovatorinnen und die Europäische Innovationshauptstadt können ebenfalls seit dem 18.03.2021 eingereicht werden.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

[Webseite des EIC](#) (in englischer Sprache)

[Jahresarbeitsprogramm des EIC](#) (in englischer Sprache)

Neuer Dienst zur Bewertung von geistigem Eigentum für KMU

Die Kommission stellt seit 22.03.2021 einen neuen kostenlosen Dienst unter dem Titel „Horizon Intellectual Property Scan“ zur Verfügung, der kleine und mittlere Unternehmen (KMU) dabei unterstützen soll, geistiges Eigentum in kooperativen Forschungs- und Innovationsbemühungen effizient zu nutzen. Der Schwerpunkt des IP Scan liegt auf EU-finanzierten Projekten im Rahmen der Forschungsprogramme Horizont 2020 oder Horizont Europa.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

[Horizon Intellectual Property Scan](#) (in englischer Sprache)



Wettbewerbsrecht: Multilaterale Arbeitsgruppe zur Prüfung von Zusammenschlüssen im Pharmabereich gegründet

Zur Prüfung der Auswirkungen von Zusammenschlüssen im Arzneimittelsektor hat die Kommission am 16.03.2021 gemeinsam mit der Federal Trade Commission (FTC-USA), dem Canadian Competition Bureau (Kanada), der Competition and Markets Authority (UK), dem US-Justizministerium und drei US-Generalstaatsanwaltschaften eine multilaterale Arbeitsgruppe gegründet. Diese soll sich in die Zusammenarbeit der nationalen Wettbewerbsbehörden einfügen.

Da die Zahl der Zusammenschlüsse im Pharmabereich in den letzten Jahren gestiegen ist, soll sorgfältig geprüft werden, welche Zusammenschlüsse zu höheren Arzneimittelpreisen, geringerer Innovation oder wettbewerbswidrigem Verhalten führen könnten. Die Arbeitsgruppe soll dabei konkrete und umsetzbare Schritte ausarbeiten, um die Prüfung von Fusionen in diesem Bereich an die neuesten Gegebenheiten anzupassen.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

EuGH: Zurückweisung von Rechtsmitteln von Arzneimittelherstellern wegen Beteiligung an einem Kartell

Der Europäische Gerichtshof (EuGH) hat am 25.03.2021 entschieden, die Rechtsmittel mehrerer Arzneimittelhersteller zurückzuweisen, die an einem Kartell zur Verzögerung des Inverkehrbringens eines Generikums des Antidepressivums Citalopram beteiligt waren (u. a. C-586/16 P, Sun Pharmaceutical Industries und Ranbaxy (UK) / Kommission).

Das dänische Pharmaunternehmen Lundbeck hatte 2002 mit Generikaunternehmen Vereinbarungen geschlossen, damit diese nicht in den Markt von Citalopram eintreten. Im Gegenzug hatten die Unternehmen hohe Zahlungen von Lundbeck erhalten. Die Kommission stellte 2013 mit Beschluss fest, dass Lundbeck und die betroffenen Unternehmen potenzielle Wettbewerber seien und gegen Wettbewerbsvorschriften verstoßen haben und verhängte hohe Geldbußen. Die Klagen der Unternehmen gegen den Beschluss der Kommission wurden vom Europäischen Gericht (EuG) abgewiesen. Auch die dagegen eingelegten Rechtsmittel wurden nun vom EuGH abgewiesen.

[Pressemitteilung des EuGH](#) mit Verweis auf die Urteile

Fusionskontrolle: Kommission genehmigt Übernahme von KiK durch Tengemann

Die Kommission hat am 18.03.2021 die Übernahme der KiK Textilien und Non-Food GmbH durch die Tengemann International GmbH, die von der Tengemann Warenhandelsgesellschaft KG kontrolliert wird, genehmigt.

KiK bietet als Einzelhandelsunternehmen insbesondere Textilien in über 3.400 Verkaufsstellen in mehreren EU-Mitgliedstaaten an. Tengemann ist weltweit tätig und bietet neben Lebensmitteln, Immobilien und e-Commerce-



Dienstleistungen auch Textilien an. Aus Sicht der Kommission bestehen keine wettbewerbsrechtlichen Bedenken.

[Daily News der Kommission](#) (in englischer Sprache)

[Zur Wettbewerbssache M.10179](#)

Fusionskontrolle: Kommission genehmigt Erwerb der gemeinsamen Kontrolle über neues Gemeinschaftsunternehmen durch Linde und Sipchem

Die Kommission hat am 15.03.2021 den Erwerb der gemeinsamen Kontrolle über das neu gegründete Gemeinschaftsunternehmen der deutschen Linde GmbH und der saudi-arabischen Sahara International Petrochemical Company (Sipchem) nach der EU-Fusionskontrollverordnung genehmigt. Das Gemeinschaftsunternehmen wird künftig in der Vor-Ort-Versorgung mit Industriegasen in Saudi-Arabien tätig sein. Aus Sicht der Kommission bestehen gegen den Zusammenschluss keine wettbewerbsrechtlichen Bedenken.

[Daily News der Kommission](#) (in englischer Sprache)

[Zur Wettbewerbssache M.10151](#)

Konsultation zur Funktionsweise der Europäischen Finanzaufsichtsbehörden

Die Kommission hat am 12.03.2021 eine öffentliche Konsultation eingeleitet zur Funktionsweise der Europäischen Finanzaufsichtsbehörden, bestehend aus dem Europäischen Ausschuss für Systemrisiken (ESRB) sowie den drei Europäischen Aufsichtsbehörden (ESAs), nämlich der Europäischen Bankenaufsicht (EBA), der Europäischen Wertpapieraufsicht (ESMA) und der Europäischen Aufsicht für das Versicherungswesen (EIOPA). Die Kommission möchte nun gezielte Stellungnahmen u. a. zu Änderungen bestehender Instrumente, zur Übertragung neuer Aufgaben sowie zu Änderungen der Governance einholen. Die Überprüfung der Europäischen Aufsichtsbehörden wurde auch im von der Kommission im September 2020 vorgelegten Aktionsplan zur Kapitalmarktunion angekündigt (EB 15/20). Gelegenheit zur Stellungnahme besteht bis 21.05.2021.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

[Zur Konsultation](#) (in englischer Sprache)

Kommission startet Konsultation zur Finanzierung sauberer Technologien im Rahmen des Innovationsfonds

Die Kommission hat am 17.03.2021 eine öffentliche Konsultation zu einer delegierten Verordnung zur Änderung des Antragsverfahrens im Rahmen des Innovationsfonds zur Finanzierung sauberer Technologien eingeleitet. Durch den Innovationsfonds werden Finanzmittel für Projekte innovativer Technologien zur Reduzierung von CO₂-Emissionen zur Verfügung gestellt. Derzeit ist für großmaßstäbliche Projekte ein zweistufiges



Antragsverfahren vorgesehen. Um Mittel für innovative Projekte schneller zur Verfügung zu stellen, sollen die Vorschriften angepasst werden, damit die Kommission die Möglichkeit erhält, das Antragsverfahren in einer oder in zwei Phasen abzuwickeln (siehe hierzu auch Beitrag des StMUV in diesem EB). Gelegenheit zur Stellungnahme besteht bis 14.04.2021.

[Zur Konsultation](#)

AUßENWIRTSCHAFT

EU-China Investitionsabkommen: Kommission veröffentlicht Liste der Verpflichtungen Chinas und der EU

Die Kommission hat am 12.03.2021 die Listen der Verpflichtungen zu dem am 30.12.2021 zwischen der EU und China geschlossenen umfassenden Investitionsabkommens (EB 01/21) veröffentlicht. Durch das Abkommen soll u. a. der Marktzugang für EU-Unternehmen verbessert und faire Wettbewerbsbedingungen geschaffen werden. Insbesondere im Bereich des verarbeitenden Gewerbes hat China erhebliche Zusagen gemacht, die EU-Unternehmen den Zugang zum chinesischen Markt garantieren sollen.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

[Verpflichtungen Chinas](#) (in englischer Sprache)

[Verpflichtungen der EU](#) (in englischer Sprache)

Zollunion: Erste Phase des neuen Einfuhrkontrollsystems - ICS2

Die Kommission hat am 15.03.2021 ein neues Einfuhrkontrollsystem (Import Control System 2 – ICS2) vorgestellt, mit dem der Schutz der Zollunion vor Sicherheitsbedrohungen durch den illegalen Warenverkehr an den EU-Außengrenzen verbessert werden soll. Die erste Phase von ICS2 soll dabei vor allem Post- und Express-Sendungen umfassen, die auf dem Luftweg in die EU kommen oder durch die EU versendet werden. Sie soll zur schrittweisen verbesserten Erfassung von Lieferkettendaten durch die Zollbehörden dienen, zudem werden neue Prozesse und Tools eingeführt. Hierdurch soll erstmals eine kollaborative Risikoanalyse in Echtzeit ermöglicht werden.

Anschließend werden in Phase 2 die neuen Funktionen im März 2023 auf die allgemeine Luftfracht ausgeweitet und sollen ab 2024 in Phase 3 auch die Verkehrsträger See, Schiene und Straße umfassen. Durch das neue ICS2 wird das bestehende Einfuhrkontrollsystem nach und nach in insgesamt drei Stufen bis zum 01.03.2024 ersetzt.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

[Weitere Informationen zum ICS2](#)



Konsultation zu Mechanismus gegen Zwangsmaßnahmen durch Nicht-EU-Länder

Die Kommission hat am 23.03.2021 eine Konsultation zur Schaffung eines Mechanismus zur Abwendung von Zwangsmaßnahmen durch Nicht-EU-Länder und um diesen entgegenzuwirken eingeleitet. Durch diesen soll die Kommission ermächtigt werden, Handels-, Investitions- und andere Beschränkungen gegenüber Drittstaaten anzuwenden, die durch bestimmte Praktiken die EU und andere Mitgliedstaaten dazu drängen, bestimmte politische Maßnahmen zu ergreifen oder zurückzuziehen.

Hierdurch soll die strategische Autonomie der EU gestärkt werden, insbesondere, da es in den letzten Jahren immer wieder zur Einflussnahme aus Drittstaaten durch Beschränkungen von Handel und Investitionen zum Nachteil von EU-Unternehmen gekommen ist. Gelegenheit zur Stellungnahme besteht bis 15.06.2021.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

[Zur Konsultation](#)

Konsultation zur Einfuhr von Kulturgütern

Die Kommission hat am 24.03.2021 eine öffentliche Konsultation zu einer Durchführungsverordnung zur Einfuhr von Kulturgütern in die EU eingeleitet. Um dem illegalen Handel mit Kulturgütern Einhalt zu bieten, werden detaillierte Vorschriften aufgestellt zu Befreiungen, der Erteilung von Einfuhrgenehmigungen und der Einreichung von Zollanmeldungen. Gelegenheit zur Stellungnahme besteht bis 21.04.2021.

[Zur Konsultation](#)

ENERGIE

EuGH: Generalanwalt für Zurückweisung deutscher Revision gegen Änderung der Zugangsbedingungen zur OPAL-Gasfernleitung

Der Generalanwalt *Bordona* kam am 18.03.2021 in seinen Schlussanträgen vor dem Europäischen Gerichtshof (EuGH) zu der Auffassung, dass ein von Deutschland eingelegtes Rechtsmittel, mit dem der Beschluss der Kommission von 2016 zur Änderung der Bedingungen für den Zugang zur OPAL-Gasfernleitung aufgehoben wurde, zurückzuweisen sei (C-848/19 P – Deutschland / Polen).

Die OPAL-Gasfernleitung ist die westliche terrestrische Anbindung der Gasfernleitung Nord-Stream 1. Das Gas wird in Deutschland in die Leitung ein- und in der Tschechischen Republik ausgespeist. Polen klagte gegen eine von der Kommission 2016 gewährte Ausnahme, da diese aus Sicht von Polen gegen den Grundsatz der Energiesolidarität verstoße und bekam vor dem EuG Recht.

Deutschland legte hiergegen Revision ein, aus Sicht des Generalanwalts ist diese zurückzuweisen, da der Grundsatz der Energiesolidarität Anwendung finde. Die Schlussanträge des Generalanwalts sind für den EuGH nicht bindend.

[Pressemitteilung des EuGH](#)



STAATSMINISTERIUM FÜR UMWELT UND VERBRAUCHERSCHUTZ

UMWELT

Kommission startet Konsultation zur Finanzierung sauberer Technologien im Rahmen des Innovationsfonds

Am 17.03.2021 hat die Kommission eine Konsultation zu einer delegierten Verordnung 2019/856/EU zur Anwendung des Auswahlverfahrens und zur Änderung des Antragsverfahrens im Rahmen des Innovationsfonds zur Finanzierung sauberer Technologien eingeleitet. Der Innovationsfonds der EU stellt Finanzmittel für Projekte innovativer Technologien zur Reduzierung der CO₂-Emissionen bereit. Die Fondsvorschriften sehen für großmaßstäbliche Projekte ein zweistufiges Antragsverfahren vor. Damit die Mittel für innovative Projekte schneller bereitgestellt werden können, sollen mit dieser Initiative die Vorschriften so geändert werden, dass die Kommission die Möglichkeit erhält, das Antragsverfahren in einer oder in zwei Phasen abzuwickeln. Eine Rückmeldung dazu kann bis zum 14.04.2021 erfolgen.

[Konsultation](#)

Kommission legt Empfehlung für gemeinsames Konzept zur Abwasserüberwachung vor

Am 17.03.2021 hat die Kommission eine Empfehlung angenommen, in der sie die Mitgliedstaaten auffordert, bis zum 01.10.2021 ein nationales Abwasserüberwachungssystem zur Verfolgung des Covid-19-Virus und seiner Varianten einzurichten, die dadurch gesammelten Daten an die zuständigen Gesundheitsbehörden und an eine europäische Austauschplattform weiterzugeben und Cluster zu ermitteln. Darin nennt sie Mindestanforderungen für Probenahmen, Tests und Datenanalysen. Das Überwachungssystem soll die Abwässer von Städten mit mehr als 150.000 Einwohnern umfassen, vorzugsweise mit einer Mindestprobenhäufigkeit von zwei Proben pro Woche. Die Mindesthäufigkeit der Probenahme und die geografische Abdeckung sollen entsprechend der epidemiologischen Situation angepasst werden. Zur Unterstützung und Beschleunigung der Überwachungsaktivitäten sagt die Kommission finanzielle Unterstützung zu.

[Empfehlung der Kommission](#) (in englischer Sprache)

EuGH-Urteil zur Zulässigkeit der Leimrutenjagd auf Vögel in Südfrankreich

Am 17.03.2021 hat der EuGH in der Rechtssache C-900/19 One Voice und Ligue pour la protection des oiseaux / Ministre de la Transition écologique et solidaire entschieden, dass ein Mitgliedstaat eine Methode für den Fang von Vögeln, die zu Beifang führt, nicht erlauben darf, wenn der Beifang geeignet ist, den betreffenden Arten andere als unbedeutende Schäden zuzufügen. Im zugrundeliegenden Rechtsstreit hatten zwei Vereinigungen eine Regelung angefochten, die den Gebrauch von Leimruten in bestimmten französischen Departements zulässt, da sie gegen Bestimmungen der Richtlinie 2009/147/EG über die Erhaltung der



wildlebenden Vogelarten (Vogelschutz-RL) verstoße. Auf das Vorabentscheidungsersuchen des französischen Staatsrats zu Auslegungsfragen bzgl. der Vogelschutz-RL stellte der EuGH nunmehr klar, dass der traditionelle Charakter einer Vogelfangmethode für sich genommen nicht ausreicht, um nachzuweisen, dass diese Methode nicht durch eine andere zufriedenstellende Lösung im Sinne dieser Bestimmung ersetzt werden kann. Zwar können traditionelle Jagdmethoden grundsätzlich eine nach der Vogelschutz-RL zulässige „vernünftige Nutzung“ darstellen. Die Beibehaltung traditioneller Tätigkeiten stelle jedoch keine eigenständige Abweichung von der durch diese Richtlinie geschaffenen Schutzregelung dar.

[EuGH-Urteil](#)

Rat nimmt Schlussfolgerungen zur EU-Chemikalienstrategie an

Am 15.03.2021 hat der Rat im schriftlichen Umlaufverfahren Schlussfolgerungen zur EU-Chemikalienstrategie angenommen. Darin begrüßt er die von der Kommission im Oktober 2020 vorgelegte Strategie und schließt sich im Wesentlichen den darin enthaltenen Zielen und Maßnahmen an. Insbesondere unterstützt der Rat das in der Strategie enthaltene Prinzip „Ein Stoff - eine Bewertung“, die Ausweitung des allgemeinen Konzepts für das Risikomanagement bei den schädlichsten Stoffen und den „Safe and sustainable-by-design“-Ansatz, der die Toxizität von Chemikalien in allen Phasen ihrer Existenz von der Herstellung über die Verwendung bis hin zu Recycling und Entsorgung berücksichtigt. Außerdem fordert er die Kommission auf, die in der Strategie festgelegten Maßnahmen umzusetzen und in Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten und in Konsultation mit den Betroffenen unverzüglich harmonisierte und klare Definitionen und gegebenenfalls Kriterien für die in der Strategie enthaltenen Begriffe und Konzepte zu entwickeln. Zusammen mit den Mitgliedstaaten und einschlägigen Interessengruppen sollen rechtzeitig Fahrpläne für die Umsetzung des Konzepts der sicheren und nachhaltigen Gestaltung von Chemikalien und für die Überarbeitung der REACH-Verordnung entwickelt werden.

[Ratsschlussfolgerungen](#)

Europäisches Parlament nimmt EntschlieÙung zur Aufhebung der Zulassung von neun giftigen Wirkstoffen an

Am 10.03.2021 hat das Europäische Parlament (EP) mit 472 Stimmen zu 214 Stimmen bei 9 Enthaltungen eine EntschlieÙung angenommen, mit der die Verlängerung der EU-Zulassung von neun giftigen Wirkstoffen abgelehnt wird. Die betroffenen Wirkstoffe sind „Benfluralin“, „Fluazinam“, „Flutolanil“, „Mecoprop-P“, „Mepiquat“, „Metiram“, „Oxamyl“ und „Pyraclostrobin“ und „Dimoxystrobin“. Nachdem die Kommission die Zulassung von Dimoxystrobin aufgrund von Verzögerungen bei der Risikobewertung bis Ende 2022 verlängert hat, begründete das EP die Ablehnung mit der Gefahr, die von diesen Wirkstoffen ausgehe, und dem Vorsorgeprinzip insbesondere im Hinblick auf schwangere Frauen, Säuglinge und Kinder. Das EP fordert die Kommission auf, die zugehörige Durchführungsverordnung aufzuheben und einen neuen Entwurf vorzulegen,



der die wissenschaftlichen Erkenntnisse über die schädlichen Eigenschaften aller betroffenen Stoffe berücksichtigt.

[Entschließung](#)

VERBRAUCHERSCHUTZ

Kommission stellt Aktionsplan Ökolandbau vor

Am 25.03.2021 hat die Kommission einen Aktionsplan zur Förderung der Bio-Produktion vorgelegt. Er ist Teil der Farm-to-Fork- und der Biodiversitätsstrategie und zielt darauf ab, die Produktion und den Verbrauch von Bio-Erzeugnissen zu steigern, um bis 2030 die ökologische Bewirtschaftung von 25 % der landwirtschaftlichen Fläche zu erreichen und die ökologische Aquakultur deutlich auszubauen. Der Aktionsplan enthält 23 Maßnahmen in den drei Schwerpunktbereichen Förderung des Verbrauchs, Ausbau der Produktion und Stärkung der Nachhaltigkeit des Sektors. Die aufgeführten Maßnahmen sind u. a. darauf ausgerichtet, den Tierschutz zu stärken, die Verfügbarkeit ökologischen Saatguts zu gewährleisten, die Nachverfolgbarkeit von Lebensmitteln durch eine Datenbank für zertifizierte europäischen Bio-Erzeuger zu verbessern, den CO₂-Fußabdruck des Sektors zu verkleinern und den Verbrauch von Kunststoff, Wasser und Energie möglichst weitgehend zu reduzieren. Zudem plant die Kommission verpflichtende Mindestanforderungen bzgl. Bioprodukte für die Nahrungsmittelbeschaffung für Schulen und öffentliche Verwaltungen. Die Mitgliedstaaten sollen nationale Aktionspläne für den Biolandbau ausarbeiten, um den Anteil der ökologisch bewirtschafteten Fläche auf nationaler Ebene zu erhöhen. Zur Überwachung der Fortschritte wird die Kommission jährlich Follow-ups organisieren, halbjährlich Fortschrittsberichte veröffentlichen sowie eine Halbzeitüberprüfung durchführen (siehe hierzu Beitrag des StMELF in diesem EB).

[Aktionsplan zur Förderung der Bio-Produktion](#) (in englischer Sprache)

[Anhang zum Aktionsplan](#) (in englischer Sprache)

Rat nimmt Schlussfolgerungen zur Strategie für den Massenzahlungsverkehr an

Am 22.03.2021 hat der Rat Schlussfolgerungen zur Strategie für den Massenzahlungsverkehr angenommen. Durch die Strategie soll es Verbrauchern erleichtert werden, in Geschäften zu bezahlen. Zahlungsvorgänge im elektronischen Handel sollen in der gesamten EU allgemein verfügbar, bequem und sicher sein. Der Rat begrüßt in seinen Schlussfolgerungen diese Ziele und betont die Notwendigkeit der Gewährleistung eines wettbewerbsfähigen und innovativen Massenzahlungsmarkts in der EU, die Förderung der Einführung von Sofortzahlungen und die Schaffung von Voraussetzungen für die Entwicklung EU-weiter Zahlungslösungen, um die Souveränität der EU zu stärken.

Besondere Bedeutung komme dabei der finanziellen Inklusion, der Sicherheit, dem Verbraucherschutz, dem Datenschutz und der Bekämpfung von Geldwäsche zu. In diesem Zusammenhang begrüßt der Rat auch die



angestrebte umfassende Überprüfung der Zahlungsdiensterichtlinie (siehe hierzu Beitrag des StMWi in diesem EB).

[Schlussfolgerungen des Rates zur Strategie für den Massenzahlungsverkehr](#)

Kommission startet Konsultation zur Benennung amtlicher Laboratorien zur Kontrolle von Tieren, Pflanzen, Lebens- und Futtermitteln

Am 19.03.2021 hat die Kommission eine Konsultation zum Entwurf einer delegierten Verordnung in Bezug auf die Bedingungen für die Benennung amtlicher Laboratorien gestartet. Gemäß den EU-Vorschriften müssen die Behörden in den einzelnen EU-Ländern amtliche Laboratorien benennen, die die bei den Kontrollen von Tieren, Pflanzen, Lebensmitteln und Futtermitteln entnommenen Proben analysieren. Diese Laboratorien müssen dem Branchenstandard entsprechend akkreditiert sein. Unter bestimmten Umständen können jedoch auch nicht akkreditierte Laboratorien benannt werden, wenn sie bestimmte Bedingungen erfüllen. Mit dieser Initiative werden diese Bedingungen und Umstände festgelegt. Bis 16.04.2021 besteht dazu die Möglichkeit zur Rückmeldung.

[Konsultation](#)

Kommission startet Konsultation zu Kontrollen im Weinsektor

Am 16.03.2021 hat die Kommission eine Konsultation zu einer Durchführungsverordnung 2018/274/EU in Bezug auf die analytische Isotopendaten und die Kontrollen im Weinsektor, zu Betrugsmöglichkeiten bei Wein sowie zur Aktualisierung von Durchführungsbestimmungen und Verbesserung der EU-Datenbank für chemische Analysen zum Schutz der Identität, des Ursprungs und der Qualität von Weinen eingeleitet. Der wirtschaftliche Schaden im Zusammenhang mit Betrug bei Wein wird auf jährlich 1,3 Mrd. € (3,3 % des gesamten Verkaufswerts) geschätzt. Mit dieser Initiative soll der Rechtsrahmen für die Datenbank verbessert werden. Sie ist ein wichtiges Instrument, um z. B. den Zusatz von Wasser oder Zucker aufzudecken oder den geografischen Ursprung von Wein zu überprüfen. Dazu sollen Fristen für die Vorlage von Untersuchungsergebnissen durch die EU-Länder festgelegt, die Datenbank stärker auf Weine mit geografischer Angabe ausgerichtet und durch einen jährlichen Bericht über die unter Nutzung der Datenbank durchgeführten Überprüfungen für mehr Transparenz gesorgt werden. Bis 13.04.2021 besteht dazu die Möglichkeit zur Rückmeldung.

[Konsultation](#)

Kommission startet Konsultation zu Vorschriften über Risikobewertung im Bereich der Lebensmittelkette

Am 12.03.2021 hat die Kommission eine Konsultation zum Entwurf einer Durchführungsverordnung (EU) 307/2012 zu Transparenz und Vertraulichkeitsanforderungen für die EU-Risikobewertung im Bereich der



Lebensmittelkette eingeleitet. Die Transparenzverordnung enthält neue Vorschriften über die Beratung der Antragsteller, in Auftrag gegebene Studien, öffentliche Konsultationen zu wissenschaftlichen Studien, Offenlegung der Anträge und stützender wissenschaftlichen Studien und Daten, Vertraulichkeit und Standarddatenformate. Bis 09.04.2021 besteht dazu die Möglichkeit der Rückmeldung.

[Konsultation](#)

Kommission startet Konsultation zur Verfütterung tierischer Nebenprodukte

Am 09.03.2021 hat die Kommission eine Konsultation zur Änderung der Verordnung 999/2001/EG in Bezug auf das Verbot der Fütterung von nicht wiederkäuenden Nutztieren mit von Tieren gewonnenem Eiweiß eingeleitet. Aufgrund von strengeren Kontrollen und besseren Futtermittelanalysemethoden sowie des geringen BSE-Risikostatus eines Großteils der Mitgliedstaaten soll das absolute Verfütterungsverbot von tierischem Protein überprüft werden. Der Vorschlag sieht vor, die Verwendung von verarbeitetem tierischem Protein, das aus Nutzinsekten und Schweinen gewonnen wird, für Geflügel und Schweine zu erlauben. Bis 06.04.2021 besteht dazu die Möglichkeit zur Rückmeldung.

[Konsultation](#)

EuGH-Urteil zu Ausgleichszahlungen für Flugannullierungen aufgrund rechtmäßigen Streiks

Am 23.03.2021 hat der EuGH in der Rechtssache C-28/20 Airhelp Ltd / Scandinavian Airlines System SAS entschieden, dass ein von einer Gewerkschaft von Beschäftigten eines Luftfahrtunternehmens organisierter Streik, mit dem u. a. Gehaltserhöhungen durchgesetzt werden sollen, kein „außergewöhnlicher Umstand“ ist, der die Fluggesellschaft von ihrer Verpflichtung zur Leistung von Ausgleichszahlungen wegen Annullierung der betroffenen Flüge befreien könnte. Im zugrundeliegenden Rechtsstreit klagte Airhelp nach einer Flugannullierung infolge eines Streiks von Beschäftigten vor einem schwedischen Gericht auf Entschädigung eines betroffenen Fluggasts gemäß der Fluggastrechte-Verordnung (EG) Nr. 261/2004 gegen die durchführende Fluggesellschaft. Diese hingegen beruft sich auf das Vorliegen „außergewöhnlicher Umstände“. Das befasste Gericht legte im Wege des Vorabentscheidungsersuchens dem EuGH die Frage vor, ob der Begriff „außergewöhnliche Umstände“ einen Streik umfasst, der von Arbeitnehmerorganisationen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen nach erfolgter Vorankündigung rechtmäßig durchgeführt wurde. Der EuGH urteilte nunmehr, dass ein Streik von Beschäftigten eines ausführenden Luftfahrtunternehmens nicht als „außergewöhnlicher Umstand“ angesehen werden kann, wenn er mit Forderungen in Bezug auf die Arbeitsbedingungen zwischen dem Unternehmen und seinen Beschäftigten verbunden ist, die im Rahmen des betriebsinternen Dialogs verhandelt werden können.

[EuGH-Urteil](#)



Kommission startet öffentliche Konsultation zur Initiative für nachhaltige Produkte

Am 17.03.2021 hat die Kommission zur Initiative für nachhaltige Produkte eine öffentliche Konsultation gestartet. Die Initiative für nachhaltige Produkte („Sustainable Products Initiative – SPI“) ist zentraler Bestandteil des neuen Aktionsplans für Kreislaufwirtschaft und zielt darauf ab, Produkte an die Anforderungen einer klimaneutralen, ressourceneffizienten und kreislaforientierten Wirtschaft anzupassen, Abfälle zu reduzieren und sicherzustellen, dass nachhaltige Produkte schrittweise zur Norm werden. Mit dem Legislativvorschlag zur SPI soll der Geltungsbereich der Ökodesign-Richtlinie über energieverbrauchsrelevante Produkte hinaus ausgeweitet werden, um sie für ein möglichst breites Spektrum von Produkten und gegebenenfalls Dienstleistungen anwendbar zu machen. Auch Kriterien zur Nachhaltigkeit von Produkten und andere Mechanismen zur Regulierung nachhaltigkeitsbezogener Aspekte sollen festgelegt werden. Mit der Konsultation soll die Meinung der Bürgerinnen und Bürger sowie einschlägiger Interessenträger wie z. B. Organisationen, Behörden, Nichtregierungsorganisationen, Verbraucher und Verbraucherorganisationen, Wirtschaftsakteure wie Unternehmen, Designer, Erzeuger, Vertreiber, Lieferanten, Einführer, Einzelhändler oder Investoren, Normungsgremien, technische und wissenschaftliche Sachverständige eingeholt werden. Die Beteiligung ist bis 09.06.2021 möglich.

[Konsultation](#)



STAATSMINISTERIUM FÜR ERNÄHRUNG, LANDWIRTSCHAFT UND FORSTEN

Tagung Agrarrat

Am 22./23.03.2021 tagte der Rat für Landwirtschaft und Fischerei physisch in Brüssel.

Die portugiesische Präsidentschaft informierte die Minister über den aktuellen Stand der laufenden interinstitutionellen Verhandlungen über die drei Verordnungen, die das Reformpaket der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) für den Zeitraum 2023 - 2027 bilden. Der Vorsitz wird nun versuchen, die interinstitutionellen Verhandlungen weiter voranzubringen, insbesondere in einem "Super-Trilog" am Freitag, den 26.03.2021.

Die Minister führten einen Gedankenaustausch über die Ausarbeitung der GAP-Strategiepläne. Die Mitgliedsstaaten entwerfen derzeit ihre nationalen Strategiepläne, auch auf der Grundlage der nicht rechtsverbindlichen und länderspezifischen Empfehlungen der Kommission.

Die Delegationen äußerten unterschiedliche Ansichten darüber, inwieweit die Ziele des Green Deal und der Farm to fork-Strategie in die GAP-Strategiepläne integriert werden sollten; einige Minister baten die Kommission um eine Folgenabschätzung zur Verknüpfung dieser Initiativen mit der GAP.

Die Minister bekräftigten nachdrücklich ihre Präferenz für ein neues Umsetzungsmodell, das den Mitgliedstaaten genügend Flexibilität bei der Gestaltung ihrer Fördermaßnahmen bietet und gleichzeitig einen vereinfachten Prozess garantiert.

Die Präsidentschaft skizzierte die Kompromissvorschläge zu einer Reihe offener Fragen, die sich hauptsächlich um den verpflichtenden Charakter von Bestimmungen drehen, darunter die Definitionen von „aktivem Landwirt“ und „neuem Landwirt“, Kappung, Zahlungen für Kleinlandwirte und Umverteilung.

Der Vorsitz erläuterte, dass die Standpunkte des Rates und des Europäischen Parlaments in Fragen im Zusammenhang mit Wein und geografischen Indikatoren relativ übereinstimmen, dass sie aber bei der Marktverwaltung und den Krisenmaßnahmen auseinander liegen. Die Minister forderten den Vorsitz auf, sich bei den laufenden interinstitutionellen Verhandlungen eng an die vereinbarten und in der allgemeinen Ausrichtung des Rates verankerten Grundsätze zu halten und die WTO-Verpflichtungen der EU zu respektieren.

Darüber hinaus führten die Minister einen Gedankenaustausch über den Stand der Vorbereitungen der EU in Bezug auf pflanzenschutzrechtliche Maßnahmen zum Schutz vor Pflanzenschädlingen, die die Landwirtschaft bedrohen. Mehrere Minister erwähnten, dass digitale Fähigkeiten (z. B. die Entwicklung digitaler Datenbanken) und Innovationen eine Schlüsselrolle bei der Bewältigung aktueller und zukünftiger Herausforderungen im Zusammenhang mit Pflanzengesundheit und Schädlingen spielen könnten. Die Minister führten eine Grundsatzdebatte über den Einsatz von biologischen Bekämpfungsmitteln gegen Pflanzenschädlinge.

Die österreichische Delegation, die von elf Mitgliedsstaaten unterstützt wurde, äußerte ihre Besorgnis über die Art und Weise, wie verschiedene Initiativen im Rahmen des Green Deals forstbezogene Aspekte ansprechen



und damit möglicherweise den Umfang der kommenden EU-Forststrategie nach 2020 vorgeben. Die Mehrheit der Minister betonte die Notwendigkeit, die nachhaltige Bewirtschaftung von Wäldern und deren multifunktionale Rolle in der EU-Waldstrategie zu fördern. Sie forderten die Kommission außerdem auf, den Beitrag der Wälder zur biologischen Vielfalt und zur Abschwächung des Klimawandels in der kommenden EU-Waldstrategie nach 2020 anzuerkennen.

[Tagung Agrarrat](#) (in englischer Sprache)

Kommission stellt Aktionsplan Ökolandbau vor

Die Kommission hat am 25.03.2021 einen Aktionsplan zum Ökolandbau vorgestellt.

Dieser wurde bereits in der vorgelegten Farm to Fork- und der Biodiversitätsstrategie angekündigt, in denen die Kommission u. a. eine Anhebung des Anteils des Ökolandbaus an der EU-Landwirtschaft bis zum Jahr 2030 auf 25 % vorschlug. Sein übergeordnetes Ziel besteht darin, der Produktion und den Verbrauch von Öko-Erzeugnissen einen Schub zu verleihen.

Der Aktionsplan sieht 23 Maßnahmen in drei Schwerpunktbereichen vor: Förderung des Verbrauchs, Ausbau der Produktion und weitere Stärkung der Nachhaltigkeit.

Die Kommission ruft die Mitgliedstaaten auf, nationale Aktionspläne für den Sektor auszuarbeiten, um den Anteil der ökologisch bewirtschafteten Fläche auf nationaler Ebene zu erhöhen. Derzeit bestehen zwischen den Mitgliedstaaten große Unterschiede in Bezug auf den Anteil des Öko-Sektors, der von 0,5 % bis über 25 % reicht.

Es wird entscheidend auf einen steigenden Verbrauch von Öko-Erzeugnissen ankommen, um die Landwirte zur Umstellung auf die ökologische Landwirtschaft zu bewegen und deren Rentabilität und Widerstandsfähigkeit zu erhöhen.

Derzeit wird etwa 8,5 % der landwirtschaftlichen Fläche in der EU ökologisch bewirtschaftet, und beim gegenwärtigen Wachstum ist bis 2030 ein Anteil von 15 - 18 % zu erwarten.

Schließlich soll der Aktionsplan auch die Leistungen der ökologischen Landwirtschaft im Hinblick auf die Nachhaltigkeit verbessern. Die entsprechenden Maßnahmen sind darauf ausgerichtet, den Tierschutz zu stärken, die Verfügbarkeit ökologischen Saatguts zu gewährleisten, den CO₂-Fußabdruck des Sektors zu verkleinern und den Verbrauch von Kunststoff, Wasser und Energie möglichst weitgehend zu reduzieren.

Die Kommission wird die Fortschritte aufmerksam verfolgen, in einem jährlichen Follow-up zusammen mit Vertretern des Europäischen Parlaments, der Mitgliedstaaten und der Interessenträger, und durch halbjährliche Fortschrittsberichte sowie einer Halbzeitüberprüfung.



Für den Aktionsplan wurden die Ergebnisse der von September bis November 2020 durchgeführten [öffentlichen Konsultation](#) berücksichtigt, bei der insgesamt 840 Antworten von Interessenträgern und Bürgerinnen und Bürgern eingingen.

[Aktionsplan Ökolandbau](#) (in englischer Sprache)

[Pressemitteilung Aktionsplan Ökolandbau](#)

Kommission stellt Ergebnisse der Konsultation zur langfristigen Vision für ländliche Gebiete vor

Die Kommission stellte am 12.03.2021 erste Ergebnisse der öffentlichen Online-Konsultation zur langfristigen Vision für ländliche Gebiete vor, die zwischen dem 07.09. und dem 30.11.2020 stattfand.

Eine verbesserte Infrastruktur, insbesondere in Bezug auf den öffentlichen Verkehr, gehört zu den dringendsten Bedürfnissen der ländlichen Gebiete. Die Landwirtschaft wird als der Sektor gesehen, der die ländlichen Gebiete am stärksten prägt.

Ziel der öffentlichen Konsultation war es, Beiträge von europäischen Bürgern und Interessenvertretern zu sammeln, um zu beurteilen, worauf sich die langfristige Vision für ländliche Gebiete konzentrieren sollte. Insgesamt nahmen 2.326 Personen aus allen EU-Mitgliedstaaten an der öffentlichen Konsultation teil und gaben ihre Ansichten über die ländlichen Gebiete heute, ihre diesbezüglichen Wünsche für die Zukunft sowie die Einbeziehung der Bürger in die Entscheidungsfindung und die Vision selbst an.

Über 50 % der Befragten gaben an, dass die Infrastruktur die dringendste Notwendigkeit für ländliche Gebiete ist. Der Zugang zu grundlegenden Dienstleistungen und Annehmlichkeiten, z. B. Wasser und Strom sowie Banken und Postämter, wurde von 43 % der Befragten ebenfalls als dringendes Bedürfnis angeführt.

In den nächsten 20 Jahren wird die Attraktivität des ländlichen Raums nach Ansicht der Befragten vor allem von der Verfügbarkeit digitaler Konnektivität (93 %), von grundlegenden Dienstleistungen und E-Services (94 %) sowie von der Verbesserung des Klimas und der Umweltverträglichkeit der Landwirtschaft (92 %) abhängen.

Die Ergebnisse der öffentlichen Konsultation in Gänze werden auf der „Rural Vision Week“ vorgestellt, die vom 22. bis 26. März 2021 vom Europäischen Netzwerk für ländliche Entwicklung (ENRD) veranstaltet wird.

[Kommission stellt Ergebnisse der Konsultation zur langfristigen Vision für ländliche Gebiete vor](#)

Kommission startet „Pollinator Park“ - ein virtueller Blick in eine Welt ohne Bienen

Die Kommission hat am 23.03.2021 den virtuellen „Pollinator Park“ eröffnet.

Sie möchte hiermit das Bewusstsein für den besorgniserregenden Rückgang von Bestäubern schärfen. Die gemeinsam mit dem „Archibiotekten“ *Vincent Callebaut* konzipierte, an Videospiele angelehnte virtuelle Welt bietet einen Einblick in eine Zukunft ohne Bienen. Öffentlich zugänglich als Webversion und in virtueller Realität sind alle Interessierten eingeladen, sich über Bestäuber zu informieren, Lebensmittel in einer Welt ohne



Bestäuber einzukaufen und herauszufinden, was sie gegen eine solche Zukunft tun können. Der „Park der Bestäuber“ ist Teil der EU-Initiative für Bestäuber. Er kann beispielsweise in Museen, auf Veranstaltungen und in Bildungseinrichtungen zum Einsatz kommen.

Die biologische Vielfalt zu bewahren, ist ein Schwerpunkt des europäischen Grünen Deals. Die Kommission überprüft derzeit die EU-Initiative für Bestäuber mit dem Ziel, die Maßnahmen zur Eindämmung des Rückgangs dieser wertvollen Insekten weiter zu verstärken. Sie strebt in der zweiten Jahreshälfte eine breite gesellschaftliche Beteiligung an diesem Prozess an.

[Pressemitteilung Pollinator Park](#)

[Pollinator Park](#)

Kommission startet Konsultation zur Verfütterung tierischer Nebenprodukte

Die Kommission hat am 09.03.2021 einen Entwurf einer Verordnung über die Zulassung zur Fütterung von Nicht-Wiederkäuern mit Wiederkäuerkollagen und Gelatine sowie Proteinen aus Insekten, Schweinen und Geflügel veröffentlicht.

Seit der Durchsetzung eines totalen Verfütterungsverbots im Jahr 2001 hat sich die epidemiologische Situation in Bezug auf BSE in der EU erheblich verbessert.

Hinzu kommt, dass die Farm-to-Fork-Strategie das Ziel verfolgt, das in Europa produzierte Eiweiß und andere Futtermittelausgangsstoffe besser zu nutzen (siehe hierzu auch Beitrag des StMUV in diesem EB).

Rückmeldungen sind möglich bis 06.04.2021.

[Verordnungsentwurf](#) (in englischer Sprache)

Kommission veröffentlicht Entwurf zur EU-Datenbank für chemische Analysen zum Schutz von Wein

Die Kommission hat am 16.03.2021 einen Entwurf zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) 2018/274 zum Schutz der Identität, des Ursprungs und der Qualität von Weinen veröffentlicht.

Der wirtschaftliche Schaden im Zusammenhang mit Betrug bei Wein wird auf jährlich 1,3 Mrd. € (3,3 % des gesamten Verkaufswerts) geschätzt.

Mit dieser Initiative soll der Rechtsrahmen für die Datenbank verbessert werden. Sie ist ein wichtiges Instrument, um z. B. den Zusatz von Wasser oder Zucker aufzudecken oder den geografischen Ursprung von Wein zu überprüfen.

Rückmeldungen sind bis 13.04.2021 möglich.

[Kommissionsentwurf Änderung DurchführungsVO zum Schutz von Wein](#)



Kommission stellt Leitlinien zur Verhütung von Waldbränden vor

Die Kommission hat am 22.03.2021 neue Richtlinien veröffentlicht, um ein besseres Verständnis der landbasierten Waldbrandprävention und wirksame Bewältigungsmaßnahmen zu fördern. In den Leitlinien werden Präventionsmaßnahmen aufgezeigt, die im Rahmen von staatlichem Handeln, Planung und Waldbewirtschaftung ergriffen werden können. Ferner wird erläutert, wie die Mitgliedstaaten EU-Gelder zur Förderung der Widerstandsfähigkeit gegenüber Waldbränden beantragen und auf EU-Ebene zusammenarbeiten können.

[Leitlinien zur Verhütung von Waldbränden](#)



STAATSMINISTERIUM FÜR FAMILIE, ARBEIT UND SOZIALES

Kommission veröffentlicht Vorschlag für eine Europäische Kindergarantie

Die Kommission hat am 24.03.2021 einen Vorschlag zur Einführung einer sog. EU-Kindergarantie vorgestellt. Denn die Kommission geht davon aus, dass EU-weit im Jahre 2019 mehr als 20 % aller Kinder in Haushalten lebten, die von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedroht waren. Die Initiative in der Form einer Empfehlung des Rates zielt daher darauf ab, Armut und soziale Ausgrenzung von Kindern zu bekämpfen und Chancengleichheit zu fördern. Zu den zentralen Empfehlungen für bedürftige Kinder, d. h. Personen unter 18 Jahren, die von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedroht sind, gehören gemäß dem Vorschlag folgende Punkte:

- effektiver und kostenloser Zugang zu frühkindlicher Betreuung, Bildung und Erziehung, Bildungsangeboten und schulbezogenen Aktivitäten,
- mindestens eine gesunde Mahlzeit pro Schultag sowie
- Gesundheitsversorgung;
- effektiver Zugang zu gesunder Ernährung und
- angemessenem Wohnraum.

Zur Finanzierung der „Garantien“ zugunsten von bedürftigen Kindern sollen die Mitgliedstaaten nach dem Willen der Kommission die auf EU-Ebene verfügbare finanzielle Unterstützung, u. a. aus dem Europäischen Sozialfonds Plus (ESF+), nutzen.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

[Fragen und Antworten](#)

[Vorschlag für die EU-Kindergarantie](#)

Kommission präsentiert EU-Kinderrechtsstrategie

Neben dem Vorschlag zur Einführung einer Europäischen Garantie für Kinder hat die Kommission ebenfalls am 24.03.2021 ihre EU-Kinderrechtsstrategie veröffentlicht. Die Strategie in der Form einer Mitteilung enthält zum einen eine Bestandsaufnahme der Rechte von Kindern innerhalb und außerhalb der EU und schlägt zudem ein umfassendes Bündel an Maßnahmen für die kommenden Jahre vor, um diese Rechte zu fördern und in die Praxis umzusetzen. Die Strategie zielt u. a. darauf ab, die Teilhabe von Kindern an Entscheidungsprozessen auf EU-Ebene sowie auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene zu stärken. Gemeinsam mit dem Europäischen Parlament und Kinderrechtsorganisationen will die Kommission daher etwa eine EU-Plattform für die Beteiligung von Kindern einrichten. Die Kommission kündigt zudem an, kindspezifische Konsultationen für



künftige Initiativen mit Auswirkungen auf Kinder durchzuführen, und will digital inklusive und kinderfreundliche Fassungen wichtiger EU-Instrumente entwickeln und fördern.

[Mitteilung zur Kinderrechtsstrategie](#)

Schlussfolgerungen des Rates zur durchgängigen Berücksichtigung des Alterns in der öffentlichen Politik

Anknüpfend an das von der Kommission am 27.01.2021 vorgestellte Grünbuch zum Thema Altern (EB 02/21) hat der Rat am 12.03.2021 im schriftlichen Verfahren Schlussfolgerungen zur durchgängigen Berücksichtigung des Alterns in der öffentlichen Politik gebilligt. Laut den Schlussfolgerungen sollen die jeweiligen Mitgliedstaaten – soweit noch nicht geschehen – einen nationalen strategischen Rahmen für die durchgängige Berücksichtigung des Alterns erarbeiten, um die wichtigsten Herausforderungen im Zusammenhang mit der zunehmend höheren Lebenserwartung der Bevölkerung anzugehen. Kommission und Mitgliedstaaten werden u. a. dazu aufgerufen, gemeinsam auf die Umsetzung der Grundsätze der Europäischen Säule sozialer Rechte für Menschen aller Altersgruppen hinzuwirken, etwa in Bezug auf das Recht auf Zugang zu Gesundheits- und Langzeitpflegediensten.

[Schlussfolgerungen](#)

Informeller Austausch der EU-Minister für Beschäftigung und Soziales am 15.03.2021

Erneut musste die für den 15.03.2021 geplante Tagung der für Beschäftigungsfragen zuständigen EU-Ministerinnen und -Minister abgesagt und durch eine informelle Videokonferenz unter portugiesischem Vorsitz ersetzt werden. Beschlüsse wurden daher nicht gefasst. Die Ministerinnen und Minister tauschten sich jedoch über die Rolle der Beschäftigungs- und Sozialpolitik im Europäischen Semester aus und führten eine Orientierungsaussprache zum Thema „Gleichstellung, Nichtdiskriminierung und Diversität in der EU“. Gegenstand der Beratungen war erstmals auch der Aktionsplan zur Umsetzung der Europäischen Säule sozialer Rechte, den die Kommission am 04.03.2021 veröffentlicht hatte (EB 05/21).

[Pressemitteilung des Rates](#)

Europäische Plattform zur Bekämpfung von Obdachlosigkeit

Thema des virtuellen Treffens der EU-Beschäftigungsminister und -ministerinnen (siehe vorherigen Beitrag in diesem EB) war auch die Errichtung einer Europäischen Plattform zur Bekämpfung von Obdachlosigkeit. Diese will die portugiesische EU-Ratspräsidentschaft am 21.06.2021 im Rahmen einer Konferenz zum Thema vorstellen.



Ziel ist es, eine Plattform einzurichten, die es Mitgliedstaaten aber beispielsweise auch Kommunen und Dienstleistern ermöglicht, sich gegenseitig auszutauschen, um effiziente und innovative Ansätze zu finden, die bei der Bewältigung der Obdachlosigkeit in Europa helfen können.

[Pressemitteilung des Rates](#)

Dreigliedriger Sozialgipfel zu den Pandemiefolgen und der Erholung nach der Krise am 24.03.2021

Am 24.03.2023 fand der sog. „Dreigliedrige Sozialgipfel“ statt. Hauptthema des erneut per Videokonferenz veranstalteten Austauschs war die Frage, wie eine faire und nachhaltige wirtschaftliche Erholung nach der Coronavirus-Pandemie erzielt werden könne. Dabei ging es auch um den Beitrag der Sozialpartner auf EU-Ebene sowie der Mitgliedstaaten für einen wirtschaftlichen und sozialen Aufschwung.

Der Dreigliedrige Sozialgipfel ist ein Forum für den Dialog zwischen den Präsidenten der EU-Organe und führenden Vertretern der europäischen Sozialpartner. Den Vorsitz beim Sozialgipfel führen gemeinsam der Präsident des Europäischen Rates, die Präsidentin der Kommission und der Staats- oder Regierungschef des Mitgliedstaats, der turnusgemäß den Vorsitz im Rat innehat.

[Pressemitteilung des Rates](#) (in englischer Sprache)



STAATSMINISTERIUM FÜR GESUNDHEIT UND PFLEGE

Europäischer Rat nimmt neben COVID-19 auch die transatlantischen Beziehungen in den Blick

Am 25./26.03.2021 fand eine Videokonferenz des Europäischen Rates statt (siehe hierzu auch Beitrag unter „Politische Schwerpunkte“ in diesem EB). In ihrer Erklärung zu den Ergebnissen des ersten Tagungsteils bekennen sich die Staats- und Regierungschefs zum Genehmigungsmechanismus für Impfstoffexporte (siehe gesonderten Beitrag in diesem EB) und bestätigen das Prinzip der Impfstoffverteilung nach Bevölkerungsanteil. Der Ausschuss der Ständigen Vertreter (AStV) wurde gebeten, eine Lösung für die bislang umstrittene Verteilung von 10 Mio. vorzeitig erwarteten Impfdosen von Pfizer/BioNTech zu finden. Der Europäische Rat befürwortet außerdem einen gemeinsamen Ansatz zur graduellen Aufhebung von Beschränkungen, wenn die epidemiologische Situation dies erlaubt. Die legislativen und technischen Arbeiten am digitalen grünen Zertifikat müssten mit Dringlichkeit vorangetrieben werden.

Kommissionspräsidentin *von der Leyen* erklärte anlässlich der Tagung, sie sehe Europa am Anfang einer dritten Welle, weshalb schnelle Impfungen wichtig seien. Bisher seien 88 Mio. Impfdosen ausgeliefert und 62 Mio. Dosen verabreicht worden. In Europa seien 18,2 Mio. Personen vollständig geimpft, dies entspreche 4,1 % der Bevölkerung. Zur Liefersituation im 2. Quartal 2021 erklärte *von der Leyen*, AstraZeneca habe nur 70 Mio. Dosen anstelle der vertraglich vereinbarten 180 Mio. Dosen zugesagt. Jedoch erwarte sie erhöhte Lieferungen von BioNTech/Pfizer und Moderna. Mit Johnson & Johnson komme außerdem ein weiterer Impfstoff hinzu. Die EU sei damit auf dem richtigen Weg, das Ziel der Impfung von 70 % der erwachsenen Bevölkerung „in diesem Sommer“ zu erreichen.

[Erklärung der Mitglieder des Europäischen Rates vom 25.03.2021](#) (in englischer Sprache)

[Erklärung von Kommissionspräsidentin *von der Leyen* anlässlich der Tagung](#)

[Pressemitteilung zur Tagung](#)

Coronavirus: Fortschritte beim EU-weiten Austausch von Daten aus Passenger Locator Forms

Die Kommission hat am 25.03.2021 den Entwurf eines Durchführungsrechtsakts zur Einrichtung einer Plattform für den EU-weiten Austausch von Daten aus Passenger Locator Forms (PLF) vorgelegt. Der Durchführungsrechtsakt legt Zuständigkeits- und Verfahrensvorschriften sowie einen einheitlichen Mindestdatensatz für nationale PLF fest. Die technische Infrastruktur, die den Datenaustausch zwischen den Mitgliedstaaten ermöglichen soll (die sog. „PLF exchange platform“), soll beim Europäischen Zentrum für die Kontrolle und die Prävention von Krankheiten (ECDC) angesiedelt werden.

Ziel der Initiative ist es, den sicheren Austausch von PLF-Daten zum Zwecke der Kontaktnachverfolgung im Rahmen der Bekämpfung der Coronavirus-Pandemie zu ermöglichen.



Die „PLF exchange platform“ baut auf den bisherigen EU-Initiativen in diesem Bereich auf – insbesondere auf einem Projekt der europäischen Flugsicherheitsbehörde (EASA) und der Gemeinsamen Maßnahme „EU Healthy Gateways“.

[Durchführungsrechtsakt](#) (in englischer Sprache)

Europäischer Gerichtshof urteilt über Absprache zur Verzögerung des Markteintritts eines Generikums

Der EuGH hat mit Urteil vom 25.03.2021 (verbundene Rechtssachen C-586/16 P, C-588/16 P, C-591/16 P, C-601/16 P, C-611/16 P, C-614/16 P) die Rechtsmittel mehrerer Arzneimittelhersteller zurückgewiesen, die dem Gerichtshof zufolge an einem Kartell zur Verzögerung des Inverkehrbringens eines Generikums beteiligt waren. Die Beteiligten seien zum Zeitpunkt des Abschlusses der streitigen Vereinbarungen potenzielle Wettbewerber gewesen. Die streitigen Vereinbarungen stellten bezweckte Wettbewerbsbeschränkungen dar.

Der Hersteller des Originalarzneimittels habe im Jahr 2002 Vereinbarungen mit in der Herstellung oder im Verkauf von Generika tätigen Unternehmen getroffen. Als Gegenleistung für die Verpflichtung der Generikaunternehmen, nicht in den Markt des betreffenden Arzneimittels einzutreten, seien ihnen hohe Zahlungen gewährt worden. Zudem habe der Hersteller des Originalarzneimittels die Generikavorräte der anderen Unternehmen aufgekauft. Die Kommission hatte im Anschluss an eine Untersuchung des Sachverhalts Geldbußen von rund 150 Mio. € gegen die Hersteller verhängt.

[Pressemitteilung](#)

Rat beschließt Trilog-Mandat zur Verordnung über die gemeinsame Bewertung von Gesundheitstechnologien

Der Rat hat sich am 24.03.2021 auf eine Position zum Verordnungsvorschlag über die gemeinsame Bewertung von Gesundheitstechnologien (engl. „Health Technology Assessment“ – HTA) geeinigt. Mehr als drei Jahre nach Vorlage des ursprünglichen Verordnungsvorschlags durch die Kommission können damit die Trilog-Verhandlungen beginnen. Der Verordnungsvorschlag sieht harmonisierte Regeln für die gemeinsame klinische Bewertung von bestimmten Arzneimitteln und Medizinprodukten auf EU-Ebene sowie Organisations- und Verfahrensvorschriften vor.

Die Kommission hatte am 31.01.2018 einen Verordnungsvorschlag über die EU-weite Kooperation bei der Bewertung von Gesundheitstechnologien vorgelegt (EB 03/18). Das Europäische Parlament hatte seine Position zu dem Verordnungsvorschlag bereits am 03.10.2018 festgelegt und am 14.02.2019 die erste Lesung abgeschlossen (EB 05/19).

[Position des Rates zum Verordnungsvorschlag](#) (in englischer Sprache)

[Pressemitteilung des Rates](#)



Coronavirus: Kommission verschärft Genehmigungsmechanismus für Impfstoffexporte

Die Kommission hat am 24.03.2021 eine Durchführungsverordnung zur Verschärfung des Genehmigungsmechanismus für Exporte von Coronavirus-Impfstoffen vorgelegt. Durch die Änderung wird der Prüfungsmaßstab für die Genehmigung von Exportanträgen um die Kriterien der Gegenseitigkeit und Verhältnismäßigkeit erweitert. Insoweit soll geprüft werden, ob das Bestimmungsland die Ausfuhr von Impfstoffen oder Vorprodukten in die EU beschränkt und ob im Bestimmungsland andere Bedingungen als in der EU herrschen, etwa im Hinblick auf die epidemiologische Lage, die Impfquote und die Impfstoffvorräte. Um ein vollständigeres Bild des Impfstoffhandels zu erhalten, wird der territoriale Anwendungsbereich der Genehmigungspflicht zudem auf weitere Staaten ausgedehnt.

Zur bisherigen Umsetzung der Ende Januar 2021 eingeführten Genehmigungspflicht teilte die Kommission am 24.03.2021 mit, bisher seien 380 Ausfuhranträge über insgesamt rund 43 Mio. Impfstoffdosen für 33 verschiedene Bestimmungsstaaten bewilligt worden. Nur ein Ausfuhrantrag sei abgelehnt worden. Zu den wichtigsten Ausfuhrzielen zählen der Kommission zufolge das Vereinigte Königreich (mit rund 10,9 Mio. Dosen), Kanada (6,6 Mio.), Japan (5,4 Mio.), Mexiko (4,4 Mio.), Saudi-Arabien (1,5 Mio.), Singapur (1,5 Mio.), Chile (1,5 Mio.), Hongkong (1,3 Mio.), Korea (1,0 Mio.) und Australien (1,0 Mio.).

[Durchführungsverordnung](#) (in englischer Sprache)

[Pressemitteilung](#)

Coronavirus: Kommission schlägt beschleunigtes Zulassungsverfahren für Impfstoffe gegen Virusvarianten vor

Die Kommission hat am 24.03.2021 vorgeschlagen, für adaptierte Impfstoffe gegen Varianten des Coronavirus ein beschleunigtes Zulassungsverfahren einzuführen. Die Kommission legte eine delegierte Verordnung vor, der zufolge Änderungen bereits zugelassener Coronavirus-Impfstoffe auf Basis einer verringerten Datengrundlage genehmigt werden können, sofern das Nutzen-Risiko-Verhältnis positiv ausfällt und die fehlenden Daten vom Zulassungsinhaber nachgereicht werden.

Ein beschleunigtes Zulassungsverfahren für Impfstoffe gegen Varianten des Coronavirus ist eine Maßnahme aus dem am 17.02.2021 veröffentlichten Strategiepapier „HERA Inkubator: unsere gemeinsame proaktive Antwort auf die Bedrohung durch COVID-19-Varianten“ (EB 04/21). Die Strategie unterteilt sich in drei Schwerpunktbereiche: Verbesserung von Nachweis, Analyse und Bewertung von Virusmutationen; Beschleunigung des Zulassungsverfahrens für an Virusvarianten angepasste Impfstoffe sowie Ausbau der Produktionskapazitäten für Impfstoffe in Europa.

[Delegierte Verordnung der Kommission](#)

[Pressemitteilung](#)

[Mitteilung „HERA Inkubator“](#)



Coronavirus: Europäische Arzneimittel-Agentur schließt Überprüfung des Impfstoffs von AstraZeneca ab

Die Europäische Arzneimittel-Agentur (EMA) hat am 18.03.2021 nach einer Überprüfung von Sicherheitssignalen zum Coronavirus-Impfstoff des Unternehmens AstraZeneca mitgeteilt, das Nutzen-Risiko-Verhältnis des Impfstoffs sei weiterhin positiv zu bewerten. Der zuständige Ausschuss der EMA habe bei seiner Prüfung auch Experten für Blutkrankheiten und die britische Arzneimittelbehörde MHRA involviert, die Erfahrungen mit der Anwendung des Impfstoffs bei rund 11 Mio. Menschen habe.

Der Impfstoff von AstraZeneca ist seit dem 29.01.2021 vorläufig EU-weit zugelassen (EB 02/21). Im Zuge der EU-Impfstoffstrategie hat die Kommission einen Vertrag mit AstraZeneca geschlossen, der den Mitgliedstaaten das Recht zum Kauf von bis zu 400 Mio. Dosen des von AstraZeneca entwickelten Impfstoffs gewähren soll (EB 14/20). Das Gesamtvolumen der von der Kommission mit verschiedenen Impfstoffherstellern ausgehandelten Verträge beträgt 2,6 Mrd. Impfdosen. In der EU sind bisher vier Coronavirus-Impfstoffe vorläufig zugelassen – außer dem Impfstoff von AstraZeneca sind dies die Impfstoffe der Unternehmen BioNTech/Pfizer, Moderna und Johnson & Johnson.

[Pressemitteilung](#) (in englischer Sprache)

[Pressestatement von Gesundheitskommissarin Stella Kyriakides](#)

[Weiterführende Informationen zur EU-Impfstoffstrategie](#)

Coronavirus: Kommission schlägt digitalen grünen Pass zur Erleichterung der Personenfreizügigkeit vor

Die Kommission hat am 17.03.2021 einen Verordnungsvorschlag über einen digitalen grünen Pass zur Erleichterung der Personenfreizügigkeit während der Coronavirus-Pandemie vorgelegt (siehe hierzu Beitrag des StMI in diesem EB). Der Verordnungsvorschlag legt den Rahmen für die Ausstellung, Überprüfung und Anerkennung interoperabler Zertifikate fest, mit denen durchgeführte Coronavirus-Impfungen und -Tests sowie die Genesung von einer COVID-19-Infektion bescheinigt werden.

Dem Verordnungsvorschlag zufolge werden die Mitgliedstaaten für die Ausstellung der Zertifikate in digitaler oder papiergestützter Form zuständig sein. Die Zertifikate sollen kostenlos ausgestellt werden. Die Zertifikate sollen einen interoperablen Strichcode enthalten, der die Überprüfung der Echtheit, Gültigkeit und Integrität des Zertifikats ermöglicht. Die weiteren technischen Spezifikationen sollen von der Kommission in Durchführungsrechtsakten festgelegt werden. Die Kommission und die Mitgliedstaaten werden in der geplanten Verordnung beauftragt, die zur sicheren Ausstellung und Überprüfung der Zertifikate erforderliche digitale Infrastruktur einzurichten und zu unterhalten.

[Verordnungsvorschlag zum digitalen grünen Pass](#)

[Pressemitteilung](#)

[Fragen und Antworten](#)



Coronavirus: Kommission schlägt gemeinsamen Ansatz für die schrittweise Aufhebung von Beschränkungen vor

Die Kommission hat am 17.03.2021 eine „Mitteilung über einen gemeinsamen Ansatz für sichere und dauerhafte Öffnungen“ vorgelegt. Die Mitteilung enthält eine Reihe von Maßnahmen in verschiedenen Bereichen, die eine koordinierte, schrittweise Aufhebung der zur Bekämpfung der Coronavirus-Pandemie ergriffenen Beschränkungen in der EU unterstützen sollen.

In der Mitteilung werden als Maßnahmen zur Förderung der Personenfreizügigkeit in der EU u. a. der Legislativvorschlag für ein digitales grünes Zertifikat (siehe gesonderten Beitrag in diesem EB) und eine engmaschige Überprüfung der Empfehlung (EU) 2020/912 zur vorübergehenden Beschränkung nicht unbedingt notwendiger Reisen in die EU genannt. In der Mitteilung kündigt die Kommission zudem an, im April 2021 eine EU-Strategie zu COVID-19-Therapien vorzulegen, um die Erforschung und Herstellung neuer Therapeutika zu unterstützen. Zu den weiteren Maßnahmen, die in der Mitteilung genannt werden, gehört der Erlass einer Empfehlung über einen gemeinsamen Ansatz zur systematischen Überwachung von SARS-CoV-2 und seiner Varianten in Abwässern in der EU (siehe hierzu Beitrag des StMUV in diesem EB).

[Mitteilung der Kommission](#) (in englischer Sprache)

[Empfehlung der Kommission vom 17.03.2021 über einen gemeinsamen Ansatz zur systematischen Überwachung von SARS-CoV-2 und seiner Varianten in Abwässern in der EU](#) (in englischer Sprache)

[Pressemitteilung](#)

Gesundheitsminister der Mitgliedstaaten beraten über COVID-19 und Krebsbekämpfung

Am 16.03.2021 fand eine informelle Videokonferenz der Gesundheitsminister der Mitgliedstaaten statt. Auf der Tagesordnung stand ein Gedankenaustausch zur weiteren Bekämpfung der Coronavirus-Pandemie, insbesondere auch im Lichte der Verbreitung von Virusvarianten. An der Diskussion nahmen auch das Europäische Zentrum für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten (ECDC) und die Europäische Arzneimittel-Agentur (EMA) teil. Ein weiteres Thema der Konferenz war ein Gedankenaustausch mit der Kommission zum europäischen Krebsbekämpfungsplan, der Maßnahmen in den Bereichen Prävention, Früherkennung, Diagnose und Behandlung sowie Verbesserung der Lebensqualität vorsieht.

Die portugiesische Ratspräsidentschaft informierte im Rahmen der Videokonferenz zudem über den Stand der Beratungen zum Legislativpaket zur Europäischen Gesundheitsunion, das Vorschläge zur Erweiterung der Mandate der EMA und des ECDC sowie eine Reform des EU-Verfahrens bei schweren grenzüberschreitenden Gesundheitsgefahren enthält. Des Weiteren informierte die Ratspräsidentschaft über den Stand der Beratungen zum Verordnungsvorschlag über die gemeinsame Bewertung von Gesundheitstechnologien („Health Technology Assessment“ – HTA).

[Pressemitteilung des Rates](#)



STAATSMINISTERIUM FÜR DIGITALES

Digitaler Tag 2021: Erklärungen zu Konnektivität, Startups und nachhaltiger Digitalisierung

Beim „Digital Day“ am 19.03.2021, ein vom portugiesischen Ratsvorsitz und der Kommission veranstaltetes virtuelles Event, wurden drei politische Erklärungen zur Digitalpolitik unterzeichnet. Die [Erklärung über europäische Datenzugangstore als Schlüsselement für die digitale Dekade der EU](#) wurde von 25 Mitgliedstaaten sowie Island und Norwegen unterzeichnet. Ziel ist es, die Konnektivität zwischen Europa und seinen Partnern in Afrika, Asien, der europäischen Nachbarschaft und Lateinamerika zu verbessern. Der Schwerpunkt liegt dabei auf terrestrischen und unterseeischen Kabeln, Satelliten und Netzverbindungen für einen verstärkten und sicheren Datenaustausch. Die Erklärung über Exzellenzstandards für startup-freundliche nationale Maßnahmen ([EU Startup Nations Standard](#)) wurde von 24 Mitgliedstaaten und Island unterzeichnet. Die Unterzeichner wollen das Regulierungsumfeld für Startup- und Scale-up-Unternehmen verbessern. Z. B. soll ein Startup grundsätzlich an einem Tag für eine Gebühr von nicht mehr als 100 € gegründet werden können. 24 Mitgliedstaaten sowie Island und Norwegen unterzeichneten die [Erklärung über ökologischen und digitalen Wandel in der EU](#), um den Einsatz umweltfreundlicher Digitaltechnik zu beschleunigen. Sie wird ergänzt von der [Europäischen Koalition für Grüne Digitaltechnik](#), bei der 26 Vertreter der IKT-Industrie sich im Namen ihrer Unternehmen verpflichten, ihren CO₂-Fußabdruck bis 2030 deutlich zu verringern und bis 2040 klimaneutral zu werden.

[Pressemitteilung der Kommission](#) (mit weiterführenden Links)

Rat verabschiedet Schlussfolgerungen zur Cybersicherheitsstrategie

Der Rat hat am 22.03.2021 Schlussfolgerungen zur Cybersicherheitsstrategie der EU für die digitale Dekade angenommen. Die Strategie wurde von der Kommission und der Hohen Vertreterin für Außenpolitik im Dezember 2020 vorgestellt. Sie bildet einen Rahmen für EU-Maßnahmen zum Schutz von Bürgern und Unternehmen vor Cyberbedrohungen, zur Förderung sicherer Informationssysteme und zum Schutz eines globalen, offenen und sicheren Cyberraums. In seinen Schlussfolgerungen hebt der Rat eine Reihe von Aktionsbereichen für die kommenden Jahre hervor, darunter die Pläne zur Einrichtung eines Netzes von Sicherheitseinsatzzentren in der gesamten EU, die Festlegung der gemeinsamen Cyberstelle und die Notwendigkeit einer gemeinsamen Anstrengung, um die Verbreitung wichtiger Internetsicherheitsstandards zu beschleunigen. Der Rat ermutigt zudem die Kommission und den Hohen Vertreter, einen detaillierten Umsetzungsplan aufzustellen, um die Entwicklung, Umsetzung und Überwachung der im Rahmen der Cybersicherheitsstrategie vorgelegten Vorschläge sicherzustellen (siehe hierzu auch Beitrag des StMI in diesem EB).

[Pressemitteilung des Europäischen Rates](#)



Rat verabschiedet Förderprogramm „Digitales Europa“

Am 16.03.2021 verabschiedete der Rat das Förderprogramm „Digitales Europa“. Es wird einen Gesamtumfang von 7,588 Mrd. € haben und rückwirkend ab dem 01.01.2021 gelten. Es soll Projekte in den fünf Schlüsselbereichen Hochleistungsrechnen (2,226 Mrd. €), Künstliche Intelligenz (2,061 Mrd. €), Cybersicherheit (1,649 Mrd. €), fortgeschrittene digitale Fähigkeiten (0,577 Mrd. €) und Digitalisierung in Wirtschaft und Gesellschaft (1,072 Mrd. €) unterstützen. Die Umsetzung wird in mehrjährigen Arbeitsprogrammen erfolgen, die mindestens einen der fünf Zielbereiche adressieren. Die Kofinanzierung durch Mitgliedstaaten und Privatwirtschaft sei möglich. Der Rechtsakt muss nun vom Europäischen Parlament in zweiter Lesung angenommen werden, bevor er im Amtsblatt der EU veröffentlicht wird. Die Verordnung tritt am Tag ihrer Veröffentlichung in Kraft. Die politische Einigung zum Programm war bereits am 14.12.2020 erzielt worden (siehe hierzu auch Beitrag unter „Politische Schwerpunkte, Institutionelles und Medien“ in diesem EB).

[Pressemitteilung des Rates](#)